

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg, Brückstr. 2-3. — Satz: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 40

Berlin, den 5. Oktober 1929

4. Jahrgang

Die Industriellen im Kampf gegen die Wirtschaftsdemokratie.

Die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung bietet nicht mehr die einzige Grundlage zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in den Industriestaaten. Ihre Mängel und Ungleichheiten machen sich immer mehr bemerkbar, und immer breitere Menschenmassen kommen zu der Erkenntnis, dass unter dieser Wirtschaftsordnung der Reichtum, den die Hände der leidigen Hände der Arbeitenden hervorbringen, in die Geldhände einiger weniger Menschen fließt, während auf der anderen Seite die Proletarisierung des Mittelsstandes, ja sogar ehemaliger selbständiger Unternehmer, um sich greift, die Gelnhäute des Staates, der Väter und Gemeinden größer werden. Eine Wirtschaftsordnung, die steigende Schwierigkeiten auslöst, die selbst ihre eigenen Anhänger proletarisiert und Gefahren für eine gesunde Weiterentwicklung des Staates und des Volkes in sich birgt, kann nicht mehr gut sein, wird nicht für die Einigkeit bestehen und muss einer neuen besseren Platz machen. Eine andere Möglichkeit besteht nicht.

Die Träger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wollen den entwicklungsmässigen Gang der Dinge nicht einsehen. Durch ihre Brillen betrachtet, sieht die Welt freilich rosiger aus, und für sie kann es so bleiben, wie es ist. Die arbeitenden Schichten der deutschen Bevölkerung sind anderer Ansicht, und unter der Führung der freien Gewerkschaften wird Propaganda dafür gemacht, die mangelschaft arbeitende Wirtschaftsstruktur zu ändern, die Wirtschaft umzustellen, besser zu organisieren und zum Wohle der Allgemeinheit wirken zu lassen. Die freien Gewerkschaften traten mit ihren diesbezüglichen Forderungen auf ihrem Kongress im Jahre 1928 in Hamburg an die Essentiellheit und sonden damit starken Anfang. In dem Buch "Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen und ihr Ziel", herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, ist ihr Streben nach dieser Richtung unripen. klar und eindeutig ist darin festgelegt, worauf die organisierte Arbeiterschaft hinarbeitet und auf welchem Wege sie ihr Ziel verfolgt. Bei dem Rütteln um die össentliche Meinung kann das Unternehmertum und der Anhang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht schwiegen und die Waffen strecken, beide müssen naturgemäß ihre einträgliche Machtposition verleidigen. Diese Befriedigung gegen die Wirtschaftsdemokratie, die die freien Gewerkschaften fordern, wurde offiziell auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 20. und 21. September in Düsseldorf und in der Broschüre "Das Problem der Wirtschaftsdemokratie" vorgenommen.

In der Broschüre stellen sich eine Anzahl Wissenschaftler in die Befriedigungslinie der Kapitalisten gegen die Gewerkschaften, und in Düsseldorf hatte Geheimrat Professor Dr. Duisberg die Aufgabe, in seiner Rede zum zehnjährigen Jubiläum des Reichsverbandes zur Wirtschaftsdemokratie Stellung zu nehmen. Seine Worte waren sehr vorsichtig gewählt, und man merkt daraus, dass er nicht zu denen gehört, die die Entwicklung nicht sehen. Er sagte u. a.: "Unser Wirtschaftssystem hat sich bewährt", ob es sich weiter bewähren wird, musste er offen lassen. Die Beweise, deren sich Duisberg bediente, dass in den geistlichen Territorien im 18. Jahrhundert noch auf 1000 Einwohner 260 gleich 26 Proz. Bettler waren, gegenwärtig in Deutschland aber nur von 64 Millionen Einwohnern 1,8 Proz. Arbeitslose, sind nicht stichhaltig und sprechen keineswegs für die Bewährung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung; denn der heutige Arbeitslose besitzt Wirtschaftswert, ist auskönnbare Arbeitskraft und vielfach ein Mensch mit großen Bedürfnissen, mit hoher Intelligenz. Wenn dann noch Geheimrat Duisberg es so hinzustellen beliebt, als bringe die Wirtschaftsdemokratie an Stelle der Unternehmer einen verantwortungslosen Beamtenapparat, so ist er schwer; denn die in ihren Ansätzen bereits bestehenden Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterorganisationen lassen etwas anderes erkennen. Diese Beweisführung gegen die Wirtschaftsdemokratie steht auf sehr schwachen Hüften, und der Hinweis, "weiterhin am klaren Benehmen zur freien Wirtschaft aus kapitalistischer Grundlage festzuhalten", ändert davon nichts; denn ein Teil der Unternehmer, die Herrn Duisberg bei seinen schönen starken Worten zustimmen, werden nach weiteren 10 Jahren nicht mehr im Besitz ihrer Produktionsmittel, keine Kapitalisten und keine freien Unternehmer mehr sein.

Auch die diesbezüglichen Bemerkungen von Dr. August Weber zum Thema Wirtschaftsdemokratie, der meinte, "der Plan einer Wirtschaftsdemokratie habe keine Voraussetzungen", waren keine Evidenz. Die Unternehmer haben sich nicht in großer geistiger Unlust gestürzt, so dass die Gewerkschaften mit großer Übersicht weiter auf das von ihnen gesteckte Ziel losmarschieren können. Die geistigen Hindernisse, die der Reichsverband der deutschen Industrie gegen die Wirtschaftsdemokratie auszurichten vermochte, sind wahrlieb zu überwinden.

Aber in einem sind die Unternehmer in Deutschland der Arbeiterschaft noch über, nämlich in bezug auf einheitlichen Willen. Die Lage hat das gezeigt. Trotz aller politischen und religiösen Unterschiede haben sie eine mächtige Einheitsorganisation, trotz aller wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Einzelunternehmern und Konzerngebilden ziehen alle gemeinsam an einem Strang und halten zu ihrer Sache. Darin liegt ihre Stärke und ihre Kraft der Öffentlichkeit, dem Staat und der Arbeiterschaft gegenüber.

Sie haben den Wert der Einigkeit, des gemeinsamen Streiks und Wettkampfs klar erkannt und stellen Maßnahmen hinzu,

Sie halten Disziplin, die Unternehmer der deutschen Industrie. Ja selbst die schlimmsten Schafmacher und putschlästernen Rechtsradikalen sagen sich ein. Diese opponieren nicht einmal, wenn ihr Hauptredner das Bekenntnis ablegt, dass der Reichsverband in und mit dem neuen Staat arbeitet, den sie doch wahrlich nicht lieben und dass er Abenteuer nicht Gesellschaft leistet. Die Industriellenopposition weicht eben zu schweigen, wenn es angebracht ist und gibt nicht ein Bild von Uneinigkeit. Duisburg hat auch davor gewarnt. Er sagte: "Sollten aber unsere Beratungen je einmal, was ich nicht zu fürchten wage, zum Tummelplatz parteipolitischer Kluseinanderdröhungen werden, so würde dies der Untergang unseres Reichsverbandes sein." Parous sollte die Arbeiterschaft lernen. Angebracht wäre es. Sehr sogar; denn es gibt ja in den freien Gewerkschaften sogenannte Oppositionelle, die den Wert des geschlossenen Auftritts nicht schätzen und die der gesamten Arbeiterschaftsbewegung dadurch Wunden schlagen.

Der Reichsverband ist nicht gegen den Reichswirtschaftsrat — höchstlich tritt er auch für Beamtewirtschaftsrat mit ein — und nicht Gegner einer gesunden Sozialpolitik, meinte Duisburg. Wenn das der Fall ist, dann sollte er das allen Mitgliedern seiner Organisation einschärfen; denn es sind welche darunter, die führen mit Eugenberg einen wütsten Kampf gegen die gesamte Sozialpolitik und nehmen bei den Beratungen in den Entscheidungskammern eine so ablehnende Haltung gegen gute Reformvorschläge ein, dass man sich über die zwei Seelen in einer Unternehmertum wundern muss.

Außer der bedeutungsvollen Programmrede Duisburgs wurden auf der Tagung des Reichsverbandes noch wichtige und zeitgemäss Themen behandelt, so sprach Geheimrat Faßl über die "Einschaltung in die Weltwirtschaft" ohne auf den Young-Plan einzugehen, der seine Unterschrift trägt. Dieses heilesthafte Thema, das nach der Zustimmung des Reichstages erst behandelt werden soll, ist nicht beraten worden, weil sich hierin die Geister geschlichen hätten.

In dem Vortrag "Steuersche Sanierung" schlug Dr. W. F. Kalle kräftige Töne an. Er sprach auch davon, dass "ein neuer Stand der Rentennahme" groß gegangen wird und meinte damit die Arbeitslosen und nicht etwa die Generäle und hohen Beamten mit den hohen Pensionen, auch nicht die Standesherren und Fürsten, die heute noch vom Staat erhalten werden. Unter der erlangten Reform der Finanzwirtschaft und der Festigung unseres Steuerwesens versteht er selbstverständlich eine Schonung der Kapitalisten und Belastung der Armen. "Die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes" behandelte Werner Kehl, der vorschlägt, in größerem Umfang als bisher ausländisches Kapital in der Gestalt langfristiger und verantwortlicher Beteiligungen hereinzuziehen. Die Diskussionsreihen waren nicht alle seiner Meinung.

Die Arbeiterschaft der Industrie hat die Pflicht, die Vorgänge im Industriellengüter genau zu beobachten und zur Abwehr ebenso starke und gefestigte Organisationen zu schaffen. Noch

steht eine Menge Industriearbeiter und -arbeiterinnen abseits, die sich nicht um ihr eigenes Schicksal kümmern. Das ist verkehrt. In einer Zeit der Umwälzung und Veränderung der Wirtschaftsform haben alle Arbeiter ebenso geschlossen die Angriffsorganisationen auszurüsten wie die Unternehmer ihre Abwehrverbände.

Das ist ein dringendes Muß. Das gebietet der Selbstbehauptungstrieb. Eine geschlossene Millionenorganisation der Arbeiterschaft ist eher in der Lage, Errungenes festzuhalten und Neues durchzusetzen als zerstreute uneinige Gruppen.

Drum lernt von den Unternehmern, dass alle gemeinsam strebenden zusammenhalten müssen, wenn sie ihre Ziele erringen wollen.

Die Industriellen beschäftigten sich auf ihrer Tagung freilich nicht nur mit der Wirtschaftsdemokratie, sondern kündigten auch ihre nächsten Forderungen für die Zukunft an. In dem in Aussicht gestellten Wirtschaftsprogramm werden sie genau umschrieben sein. Soweit sich bis jetzt übersehen lässt, werden die Unternehmer mit Unterstützung des Finanzkapitals alles versuchen, ihre Forderungen an den Staat und an die Allgemeinheit in der rücksichtlosesten Weise durchzusetzen. Der Staat soll zu Besitzerermächtigungen gezwungen werden, weiter zu Einschränkung seiner Soziallasten. Die Menschenopfer, die das kapitalistische System als Arbeitslose fordert, sollen dem Elend und sich selbst überlassen werden. Kein Entgegenkommen, kein menschliches Mühlen, Steigerung des Preises ist dort auf jener Seite mit die Hauptparole. Auch zum Tragen der Kriegslasten sind die Kapitalisten nicht mehr bereit, das Volk soll sie übernehmen. Bei den Beratungen über die Annahme des Young-Planes wird sich das in seiner vollen Schärfe zeigen.

Eine andere Aufgabe wird noch in Angriff genommen, nämlich die Konzentration der Wirtschaftsuntemehmen und deren Nationalisierung ohne jede Rücksicht auf Privatbesitzer und Eigentümern. Die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft haben bereits damit begonnen. Stilllegungen und Arbeitslosigkeit, Verzweiflung und Notstände werden die Folge sein. Der kommende Winter kann uns in dieser Beziehung noch monches Übelwunsche bringen.

Die Arbeiterschaft darf sich in keiner Weise der Hoffnung hingeben, dass das Wirtschaftsprogramm und die Maßnahmen der Kapitalisten den Arbeitern etwa Erleichterungen bringen. Das tritt nicht ein. Die deutschen Unternehmer bleiben sich treu. Sie zeigen nur Entgegenkommen, wenn sie müssen, wenn eine straff und gut organisierte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften ihren Paroli bietet. Drum ist die Vergrößerung der Gewerkschaften durch Zufluss neuer Mitglieder, Starlung der politischen Macht der Arbeiterschaft die beste Antwort auf die Ankündigung der Industriellen. In der Konzentration der Kräfte sehen sie ihr Heil, da darf die Arbeiterschaft nicht das Gegen teil tun. Diese Ehre hat die Arbeiterschaft aus der Reichsverbandstagung mitzuziehen.

Banken-Fusion.

Ein Ereignis von großer wirtschaftlicher Tragweite ist in der deutschen Bankwelt ganz unerwartet gekommen, am 26. September machten plötzlich die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft bekannt, dass sie sich beide zusammenlegen. Wie man diese Vereinheitlichkeit wirtschaftlich einzuschätzen hat, geht daraus hervor, dass sich hier zwei Finanzmächte vereinigen, die nach dem Zusammenschluss über ein Aktienkapital von 285 Millionen Reichsmark verfügen werden. Diese neue Großbank verfügt über einen Kreditorenbestand von 4309 Millionen Reichsmark, das sind 40 Prozent von der Einlagensumme sämtlicher Berliner Großbanken und 28 Prozent der Gesamteinlagensumme aller deutschen Aktien-Kreditbanken.

Also eine gewaltige Ringzgroßmacht ist über Nacht entstanden.

Gegenwärtig unterhält die Deutsche Bank 182 Niederlassungen im Inlande, sieben im Auslande, daneben 104 Depots in Inlande und zwei im Auslande, bei der Diskonto-Gesellschaft sind es 59 Filialen und 62 Zweigstellen. Das nun gebildete Großunternehmen wird in allen wichtigen Städten seine Stützpunkte haben und darauf bedacht sein, sich seiner Größe entsprechend noch weiter auszudehnen, oder auf der anderen Seite auch die Nationalisierung weiterzutreiben, wodurch wahrscheinlich von den 20 000 Angestellten dieses Betriebes noch manche Opfer dieser Maßnahme sein werden. Der Beamtenabbau ist ja bei den Banken in den letzten Jahren gang und gäbe.

Die Fusion wird auch über die finanziellen Auswirkungen hinaus wirtschaftliche Folgen haben; denn die Banken sind in der letzten Zeit mehr und mehr dazu übergegangen, nicht nur die Geldinstitute an sich zu rationalisieren, sondern auch Industriebetriebe zu modernisieren, d. h. ertraglicher zu gestalten, damit sie wieder mehr Gewinne abwerfen und wenn das nicht möglich ist, sie stillzulegen, sowie Industriebetriebe zu fusionieren. Einzelbetriebe Konzerne anzugehören und unter ihre Betriebsfähigkeit zu bringen. Durch diese Tätigkeit der Banken kann man mehr Kapitalisten ins Unternehmensleben ein-

treten. Auch dieser Zusammenschluss wird sich in dieser Richtung auswirken und den großen Konzernen der Industrie mehr Stärke und Macht bringen. Wie eng Banken und Industrie schon verschmolzen sind, zeigt die Zusammensetzung der Vorsichtsräte der beiden genannten Großbanken. Dort sind Namen wie Mühlgen, v. Porsig, Fahrenholz, Richter, Fürst v. Hatzfeld, Heineken, Menz, v. Siemens, Silverberg, Kirdorf, Cuno, Haslacher, Klöckner und Springer zu finden, alles Namen, die eine Macht und ein Programm für sich bedienen.

Diese Zusammenballung von Finanzkraft wird nicht die einzige bleiben, ihr werden mehr folgen. Sie wurde nicht etwa nur aus Liebe zur Geschäftszweck vorgenommen, auch bei den noch kommenden wird das nicht der Fall sein. Die Banken raffen ihre Einzelkräfte deshalb zusammen, weil sie mit den Industriellen den Kampf zur Rettung der deutschen Wirtschaft für den Kapitalismus in der nächsten Zeit mit aller Schärfe anzunehmen gedenken. Sie werden sich aller Mittel bedienen und dabei auch die Arbeiterschaft nicht schonen, deren politische Festigung im Staat ihnen nicht gerade genehm ist.

Für die deutsche Arbeiterschaft ist die Bank-Fusion ein Mahnzeichen, das beachtet werden muss. Wenn untere Wirtschaftsgegner ihre Kräfte in zusammenfassen, darf sich die Arbeiterschaft das teure und unfehlige Vergnügen nicht mehr leisten und sich gegenseitig wegen politischer Meinungsverschiedenheiten wirtschaftlich zu belämmern. Die wirtschaftliche Vernunft muss gebieten, wenn es darum geht, erkrankte Systeme zu halten und neue zu erkämpfen. Politischen Charlatanen und beruhmten Schädigern der Gewerkschaftsbewegung darf keine Gefolgschaft mehr geleistet werden; denn ein wirtschaftlicher Spaz in der Hand ist für die gesamte Arbeiterschaft mehr wert als eine schöne politische Taube auf dem Dache. Auch die Nichtorganisierten müssen sich anstrengen im Gewerkschafts-Sammelbeden, müssen ein Teil aktiver Kampfesfront werden, wenn die Gewerkschaften im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen die starken geistlichen Mächtiggruppen Siegreich feiern wollen.

Die Not des Volkes.

Von vielen Seiten wird heute ein Ausbau der sozialen Versicherungseinrichtungen als unnotig abgelehnt. Im Gegenteil versucht man die Leistungen dieser Einrichtungen abzubauen. Einweder wissen die Verfechter dieser Ideen nicht, wie groß die Not in weiten Volkstreilen ist, oder sie wollen es einfach nicht wissen. Die stets steigende Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeiter- und Arbeitslosenversicherung und ebenfalls die Statistiken der Kriegsbeschädigtenfürsorge geben einen traurigen aber wahren Einblick darüber, daß es heute immer mehr Mitmenschen unmöglich gemacht wird, sich aus eigener Kraft zu unterhalten. Wenig gesprochen wird in der Leidenschaft von der sogenannten „Öffentlichen Fürsorge“. Diese össentliche Fürsorge, die aus der früheren Armenfürsorge hervorgegangen ist, hat die Aufgabe, alle die Volksgenossen zu unterstützen, die nicht in der Lage sind, für sich oder ihre Familie den notwendigsten Lebensbedarf selbst bestreiten zu können. Es fallen hierunter alle diejenigen, die überhaupt kein verwerthbares Vermögen oder keine Einnahmen haben und die, deren Mittel nicht ausreichen, um auch nur in notdürftiger Weise das Leben fristen zu können. Unter die letzte Gruppe fallen vor allen Dingen die Rentenempfänger unserer Sozialversicherung. Trotz der heute mehr als früher ausgebauten Versicherungseinrichtungen hat die Fürsorge nicht an Bedeutung verloren. Sie erfreut sich im Gegenteil einer immer mehr steigenden Spenderbereitschaft. Im Reichsarbeitsblatt werden seither statistische Ergebnisse über die Tätigkeit der öffentlichen Fürsorge veröffentlicht. Diece ergeben ein direkt erschütterndes Bild über die Not unseres Volkes.

Nach der Zusammenstellung bestanden im Jahre 1927 im Reichsgebiet zusammen 1100 Bezirksfürsorgeverbände. Diese unterstützen insgesamt 2 411 140 Parteien (Einzelverträge und Familien). Man kann annehmen, daß mit den Familienangehörigen rund 4 Millionen Volksgenossen in dem Berichtsjahr (1927) dauernd auf die Hilfe der öffentlichen Fürsorge angewiesen waren. Nach der letzten Volkszählung betrug die deutsche Bevölkerung rund 62 Millionen. Es hat demnach ungefähr jede 15. Person nur auf Kosten der Fürsorge ihr Leben fristen können. Hieran kommen dann noch die Millionen, die durch die Träger der Arbeiterversicherung und die Arbeitslosenversicherung mehr oder minder notdürftig über Wasser gehalten worden sind. Neben diesen laufenden Unterstützungsfällen wurden die Staatsfürsorgeverbände noch in rund 20,67 Millionen Einzelfällen in Anspruch genommen. Diese Zahl ist erstaunlich hoch. Auf die Stadt Berlin entfallen allein nicht weniger als 16,43 Millionen vertraglicher einmaliger Unterstützungsfälle. In der sogenannten „geöffneten Fürsorge“ Unterbringung Hilfsbedürftiger in Heimen oder in Familien wurden dauernd 339 686 Personen untergebracht. Wochenfürsorge an soziale Wohnterinnen, die auf die Wochenhilfe der Krankenversicherung keinen Anspruch haben, wurde in 95 623 Fällen gewährt. Bedenkt man, daß im gleichen Zeitraum im ganzen Reichsgebiet rund 1 198 000 Geburten gezählt worden sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in etwa 8 Prozent aller Geburten die Fürsorge heilsam eingreifen mußte. Bevölkerungsausbildung oder Erziehungsbeihilfen wurden in 407 086 Fällen an minderjährige Hilfsbedürftige gewährt.

Betrachtet man diese Zahlen der Unterstützungsgegenstände, so kann man verstehen, daß die aufgewendeten Kosten hoch sein müssen. Im Jahre 1927 erforderten die unmittelbaren Fürsorgeleistungen einschließlich der Wochensfürsorge rund 886 Millionen RM Kosten. Die Gesamtausgaben der Bezirksfürsorgeverbände und der Jugendämter betrugen im Berichtsjahre 1.242 Milliarden RM. Die Einnahmen der Bezirksfürsorgeverbände aus Reichsmitteln betrugen 79,6 Millionen RM. Durch unterhaltspflichtige Dritte erhielten die Unterstützungsstellen 91,24 Millionen RM zurück. Die Gesamteinnahmen erreichten die Summe von 215,5 Millionen RM. Es verbleibt demnach eine ungedeckte Ausgabe von 1.026 Milliarden RM. Diesen Betrag müssen die Bezirksfürsorgeverbände (Gemeinden) aus Steuern oder sonstwie decken. Die gesamte Last der Fürsorge im ganzen Reichsgebiet betrug im Jahre 1927 nicht weniger als 1.267 Milliarden RM. Auf den Kopf der Bevölkerung gibt dies eine Belastung von 20,01 RM.

Diese Zahlen und Angaben genügen, um zu zeigen, wie groß die Rot weiter Vollstreife ist. Wie erwähnt, handelt es sich bei den Zahlen um solche aus dem Jahre 1927. Die Verhältnisse sind jedoch in den letzten zwei Jahren nicht besser, sondern noch schlechter geworden, so daß eine neue Statistik noch erlaubter wäre.

Internationale Hygiene-Ausstellung im Hamburger

Wohl kann eine Ausstellung in Deutschland hat jemals soviel von sich reden gemacht und ist bei allen, die sie gelesen haben, in je donnernder Erinnerung geblieben, wie die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. Wenn nun mit der Eröffnung des Deutschen Hygiene-Museums im Mai 1930 gleichzeitig wiederum in Dresden eine Internationale Hygiene-Ausstellung stattfinden wird, so ist es begreiflich, daß das Interesse der ganzen Welt an dieser großen Ausstellung ungemein rege ist. Bereits vierzehn ausländische Staaten haben bis jetzt ihre Beteiligung an dieser Ausstellung angekündigt, die zum erstenmal seit dem Kriege einen Überblick über all das bringen wird, was in den letzten zehn Jahren der Menschheit an hygienischem Fortschritt geboten wurde. Das an dieser Ausstellung insbesondere die Industrie hervorragend beteiligt sein wird, versteht sich um so mehr, als erstmalig die wissenschaftliche und die Industrieausstellung nicht voneinander getrennt werden, es wird vielmehr die Industrie jeweils den wissenschaftlichen Gruppen angegliedert. So ist in der Mitte jeder Halle daß vom Deutschen Hygiene-Museum und der wissenschaftlichen Ausstellung geleitete geschaffene wissenschaftliche Ausstellungsmaterial aufgestellt, während der übrige Raum der Industrieschau vorbehalten bleibt. Auf diese Weise kann man am leichtesten das zeigen, was die auf preußischen

Ein ernstes Wort an die Kollegen, die es angeht.

Unseren Kollegen ist bekannt, daß wir seit vielen Jahren und besonders in den letzten Jahren eifrig bemüht sind, durch Fraueneranstaltungen und rege Frauenagitation das Interesse der Arbeitnehmerinnen für das Gewerkschaftsleben zu wecken. Wir wollen durch Wort und Schrift, durch aufklärende Agitation und bildende Vorträge mehr Mitglieder und besonders Funktionärinnen für die Mitarbeit gewinnen. Wir wollen die weibliche Mitgliederzahl in den Betrieben steigern. Dazu bedarf es der zähen und ernsten, zum mindesten aber der verständnisvollen Mitarbeit der organisierten und überzeugten Kollegen. Beider müssen wir feststellen, daß es nach immer Kollegen gibt, die die Mitarbeit der Frau gar nicht wollen, oder sogar sie Frauenagitation verächtlich machen. Es ist geradezu unverständlich, weshalb viele Kollegen die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat oder als sonstige Vertrauensperson ablehnen. Auf Frauentreffen und in Frauensammlungen wird von Kolleginnen oft zum Ausdruck gebracht, daß Anträge im Betriebe selten sind und die Kolleginnen zur intensiven Mitarbeit gar nicht herangezogen würden, obgleich sie ihre Bereitschaft zur Arbeit für die Sache in Versammlungen und im Gespräch mit Funktionären schon bekundet hätten. Bezeichnend ist ein Fall, wonach eine in Vorschlag gebrachte Kollegin gar nicht auf die Vorschlagsliste der Betriebsräte gestellt worden wäre, wenn der Zahlstellenleiter nicht in allen vorhergehenden Sitzungen die Notwendigkeit hierfür hervorgelebt hätte. Ebenso wenig kollegial ist es, wenn die wirklich nun gewählte Betriebsrätein zu Betriebsratsitzungen überhaupt nicht hinzugezogen wird und erst nachträglich erfährt, daß eine Betriebsratsitzung stattgefunden hat. Das ist schon vorgekommen. Es soll hier nichts übertrieben werden. Über in manchen Betrieben sieht es mit der Gleichberechtigung der Frau noch recht betrüblich aus. Manche Kollegen glauben allen Ernstes, gute Gewerkschafter und gute Kämpfer für eine bessere Gesellschaftsordnung zu sein, jedoch für ihre Mitarbeiterinnen — manchmal für die Frauen überhaupt — haben sie nicht die notwendige Wertschätzung. Diese Kollegen reden meistens gerne von der „Unzulänglichkeit“ der Frau, sowohl in organisatorischer wie technischer und sonstiger Hinsicht. Kein Wunder, daß bei solcher Einstellung Reibungs möglichkeiten innerhalb des Betriebes geben sind, die uns nicht erwünscht sein können. Mit der billigen Phrase von der altbekannten Rückständigkeit der Frau können wir keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten. Wir können damit auch keine Wege finden, die Arbeitsfreudigkeit der Kolleginnen zu steigern. Es ist auch nicht die richtige Art, die Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen. Vor allen Dingen ist es wichtig, zu beachten, daß die Kollegin ebenso ernst genommen sein will wie der Kollege. Und, sichtbarlich hier und da mal die Kollegin zur Mitarbeit an führender Stelle nicht so recht geeignet sein, dann ist das noch lange kein Grund, auf die Mitarbeit der Funktionärinnen überhaupt zu verzichten. Neben dies trifft es in den meisten angeführten Fällen nicht zu, daß es sich um ungeeignete Funktionärinnen handelt.

Die Kollegen werden sich wohl oder übel damit abfinden müssen, nicht nur in der Produktion mit den Frauen zusammenzuarbeiten, sondern auch in der Interessenvertretung der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Kolleginnen Hand in Hand zu geben. Die Verhältnisse drängen dahin, daß immer mehr Frauen die Erwerbsarbeit aufnehmen. Da muß es nichts, mit schlechten Augen die Arbeiterin als lästigen Konkurrenten und Lohndrücker zu betrachten, sondern die tatsächliche Lage zu erkennen, das Arbeitszeit- und Lohnproblem der Wichtigkeit entsprechend zu erfassen. In den meisten Fällen ist es wirtschaftliche Not, die ledige wie verheiratete Frauen zur Erwerbsarbeit zwingt. Hinzu kommen vereinzelte Fälle, daß Frauen — um wirtschaftlich unabhängiger zu sein — Erwerbsarbeit verrichten. Leider Endes darf auch nicht übersehen werden, daß vor allem die wirtschaftliche und technische Entwicklung die Frauenarbeit besonders begünstigt. Weniger günstig wirkt sich diese Entwicklung auf den Gewerkschaftskampf aus, weil die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit bis zu einem gewissen Grade hemmend auf die Pariserentwicklung der Gewerkschaften wirkt. Die Unternehmer sehen in der Steigerung der Arbeiterrinnenzahl zugleich eine Steigerung ihrer Profite, denn die Leistung der Frau wird geringer gewertet — die Frauenarbeit niedriger bezahlt. Hier liegt die Aufgabe der Funktionäre und Funktionärinnen, rastlos zu agitieren und organisieren, wenn wir Besserung schaffen wollen. Agitationsmaterial und Klubschriften sind vorhanden. — In den seltensten Fällen kommt die Arbeiterin von selbst zur Organisation. Trotz größter wirtschaftlicher Not erkennt sie heute noch nicht allenthalben den großen materiellen und ideellen Wert der Gewerkschaftsbewegung. Vielfach ist in der eigenen Familie auch noch die irrite Meinung verbreitet, daß, wenn der Vater oder einer von beiden erwerbstätigen Eheleuten organisiert sei, dies dann genügen müsse. Nicht selten hört man auch von organisierten Kollegen sagen: „Meine Tochter braucht nicht in den Verband; sie ist noch zu jung; sie soll erst mal was verdienen, und außerdem bin ich ja organisiert.“ Sicher ist hier vielfach nur Unwissenheit und Unklugheit vorherrschend — wogegen aber auch angelämpft werden muß.

Es kommt stets darauf an: Mehr Klassenbewußtsein, mehr Gemeinschaftsgefühl und damit auch mehr praktische Arbeit in den Betrieben für unsere Sache an den Tag zu bringen. Leider können wir nicht sagen, daß dies alles schneller als etwas Selbstverständliches in der Bewegung auch Geltung hat. So ist es brauchten diese Zeilen nicht geschrieben zu werden. Wer nicht für Hebung der Kampfkraft seiner MitarbeiterInnen eintritt, ist auch kein Klassenkämpfer, mag er so tüchtig oder „radikal“ erscheinen. Nur konsequente Einstellung zu den Fragen und Aufgaben der Arbeiterbewegung bringt uns vorwärts und hilft die bessere Gesellschaftsordnung errichten. Rücksichtigen wollen muss dies gesagt werden, damit die Frauenagitation besonders in der Gewerkschaftsbewegung vorwärts getrieben wird.

U n n a B a m m e r t

Christliche Gewerkschaften 1928.

Die christlichen Gewerkschaften sind hinter den freien Gewerkschaften die zweitstärkste Gruppe der organisierten Arbeiterschaft. Neben ihre dahlenmäßige Stärke gibt die nachstehende Ausstellung einen Überblick:

Verhnde	Mitgliederzahl am Ende des Jahres			Gesamt:	
	1927 ins. gesamt	1928 ins. gesamt	davon weiblich	einnahmen 1928 RM	ausgaben 1928 RM
Bauarbeiter .	42 824	45 698	—	2 474 599	1 566 891
Bekleidungs- arbeiter . .	11 378	11 522	6 226	280 134	303 544
Bergarbeiter . .	97 803	98 954	—	2 783 516	1 488 175
Buchdrucker . .	1) 4 392	2) 3 667	—	837 617	828 982
Fabrikarb.	55 353	64 393	8 060	2 444 097	1 872 456
Gasthausangest.	17 525	19 153	1 414	1 575 120	1 373 193
Arbeitnehmer öffentl. Wcr.	28 930	33 708	2 787	1 199 281	994 256
Graphiker . .	4 465	4 923	2 326	215 514	170 980
Gausangest. . .	3 587	3 472	3 472	19 924	19 720
Heimarbeiter- innen . .	7 124	7 235	7 235	55 607	58 376
Holzarbeiter . .	27 813	30 600	975	1 208 323	927 567
Kundearbeiter . .	79 599	80 536	17 235	817 053	836 691
Vederaarbeiter . .	11 418	11 043	3 141	329 558	303 275
Maler . .	2 317	3 203	—	125 969	105 741
Metallarbeiter . .	99 044	112 678	4 803	5 094 347	5 085 863
Nahrungs- mittellarbeiter . .	9 015	9 058	2 816	269 840	284 128
Tabakarbeiter . .	23 969	26 850	20 672	520 053	396 383
Textilarbeiter . .	79 198	81 136	42 967	2 457 472	2 325 322
Corporativ angeschl.	605 784	647 364	124 129	22 207 513	18 338 993
Insgesamt . .	720 059	763 843	124 129	—	—

⁴ Einschließl. der Lehrlinge. ⁵⁾ Ausschließl. der Lehrlinge.
Die corporativ angeschlossenen Mitglieder sind Arbeiter-
mitglieder der Beamtenverbände, die corporativ dem Gesamt-
verband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind.

Konsumgenossenschaftliches Volksblatt.

Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ des Centralverbandes deutscher Konsumvereine aus dem „Frauen-Genossenschaftsblatt“ hervorgegangen, hat während seitens mehr als vierzigjährigen Bestehens wiederholt äußere Veränderungen erfahren. Das Blatt, dem die Aufgabe gestellt wurde, die Einheit des Genossenschaftsgedankens und der Genossenschaftslehren zu pflegen und zu fördern, aus den organisierten Konsumenten überzeugte Genossenschafter zu machen, ihnen im Kampf um die Lebenshaltung gegen Kapital und Handelsum zu helfen, die Konsumgenossenschaftsbewegung Menschen zu werben und zu erziehen und ihnen allen den praktischen Zweck der Konsumvereine zu veranschaulichen, hat nun mehr als einmal die Härten der Zeit genutzt, sich selbst zu verkleinern, zu vergrößern. Es konnte aber dann auch wieder das Anwachsen der Auflagezahl, Erweiterungen und Verbesserungen ankündigen. Nun erscheint es mit seiner Nr. 18 zum letztenmal in dem Jahren gewohnten Umfang, Gewand und Inhalt. Was in einer Sondernummer zum Jubiläums-Genossenschaftstag in Dresden in Aussicht gestellt wurde, ist inzwischen Wirklichkeit worden und soll mit der Nummer 19 vor die Leser treten. Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ wird statt bisher Seiten 16 Seiten Umfang haben, von denen je vier Seiten Frauen und den Kindern gewidmet sein werden. Das Blatt wird auf besserem Papier als bisher und im Kupferstichdruck möglichst mehrerer farbigen Seiten hergestellt, wozu noch hohe und Eigenheit neueste Maschinen und andere technische Errichtungen und Apparate von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Betrieb gestellt worden sind. Jetzt kommt es darauf an, daß alle Konsumvereine ihren italienischen das neue Blatt hermitteilen.

Reichstarifkommissionierung der deutschen Fassettindustrie.

Von der im Jahre 1927 in Dresden getragten Reichskonferenz der deutschen Fassettindustrie war die Schaffung von Reichstarifverträgen für die Fassett- und Weiterverarbeitungsindustrie eine Kommission aus den Orten: Berlin, Nachen, Durch, Dresden und Röhrwien bestimmt worden. Die Kommission soll in gemeinsamer Arbeit mit der Branchenleitung nach Wege suchen, dem Ziele der Schaffung möglichst einheitlicher Tarifverträge näherzukommen.

Bereits im Jahre 1928 hat die gewählte Reichstarifkommission getagt, galt es doch in diesen Sitzungen einen Manteltarifvertragsentwurf auszuarbeiten, in dem die besonderen Verhältnisse in der gesamten Fassettindustrie, aber auch die gegebenen Umgestaltung berücksichtigt waren. Infolge der Besetzung in der Ausarbeitung und der starken Abweichung in der technischen Ausgestaltung der Betriebe war es der Reichstarifkommission nicht möglich, einen Reichstarifvertragsentwurf zur Schaffung eines Mantelvertrages auszuarbeiten; nicht möglich war es, in der Frage der einheitlichen Lohnregelung bis jetzt irgendwelche Vorschläge vorzubringen. Das Problem einheitlicher Ausgestaltung der Lohnarbeitsverträge zusammen. Erst wenn ein solcher Zustand eingetreten ist, können wir uns die einheitlichen Bestimmungen desselben dafür, dass auch tarifpolitisch eine Angleichung im Lohn le nach Produktionsart erfüllen wird.

Die gewählte Reichstarifkommission als Vertretung der rund 6000 Beschäftigten in der deutschen Fassett- und Weiterverarbeitungsindustrie trat erneut am 19. September d. J. in Dresden zu einer Sitzung zusammen. Von der Branchenleitung wurden im ersten Punkt der Tagesordnung die geleisteten Arbeiten zur notwendigen Schaffung des Reichsmanteltarifvertrags in der Fassettindustrie behandelt. Es musste festgestellt werden, dass die Schwierigkeiten gegenüber dem Vorjahr nicht geringer geworden sind. Da aber Nationalisierung und Nationalisierung gerade in der Fassett- und Weiterverarbeitungsindustrie katastrophale Auswirkungen zeigen, müssen diese Schwierigkeiten überwunden werden. Auch die Verschiebung in den Produktionsstätten trägt zur Beunruhigung und arbeitsmarktpolitisch stark bei; dadurch müssen wir erst recht bestrebt sein, zu einheitlichen Tarifverträgen in der biederständigen Fassettindustrie zu kommen. War die ehemals alte deutsche biederständige Fassettindustrie weltberührend, so steht fest, dass heute durch Errichtung von Schleifereien und Verarbeitungsstätten in den Spezialglasfassettindustrien sowie in den mechanisch arbeitenden Glasfassettindustrien die Marktlage sich stark zu Ungunsten der alten Industriegruppe verschoben hat.

In Anerkennung all dieser Tatsachen war es Verpflichtung der Organisation, für notwendigen Schutz der Arbeitnehmer in der Fassettindustrie zu sorgen. Als besten Schutz leben wir nach wie vor auch heute noch die Schaffung des Reichsmanteltarifvertrages an. Er allein bietet Gewähr für den Aufbau gesunder Kalkulationsbasen. Er allein verhindert durch den Zusammenchluss aller Arbeitgeber in eine Organisation Schnukonturen, die immer auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird.

Leider haben die Arbeitgeber nicht den guten Willen der Arbeitnehmer zur Sache im Vorjahr erkannt. Im Gegenteil, aller Wunsch ist gegen einen Reichstarif eingestellt. Die Syndikat der einzelnen Gruppen scheinen Angst um ihre Positionen zu haben, und beraten deshalb nach unserer Aussicht ihre Arbeitgeber schlecht. In klarer Erkenntnis der großen weltwirtschaftlichen Umgestaltung verbünden mit der fortwährenden Mechanisierung in der Industrie wären die Herren Syndikat in erster Linie verpflichtet, der Zentralisation des Tarifwesens ebenfalls das Wort zu reden, da dadurch nicht nur Vereinfachung gewährleistet wird, sondern auch gegenwärtiges Versteckernlernen dazu führt, der gesamten Industrie schützende Grundlagen zu geben.

Hoffentlich werden die Industriellen der biederständigen Fassettindustrie rechtzeitig, wo die Reise hinführt, wenn nicht bald dem Rufe der Arbeiter auf Vereinheitlichung des Tarifwesens Folge geleistet wird.

Trotz der von den Syndikat gewollten Dezentralisation im Tarifwesen und wir in den letzten zwei Jahren doch vorwärts gekommen. Die Verträge von Fürth, Berlin und Nachen haben nach dem ausgearbeiteten Vertragsentwurf des Reichstarifvertrages in den diesjährig geführten Verhandlungen ein ziemlich einheitliches Bild bekommen. Hätten die sächsischen Kollegen entsprechend der gesetzten Fristen gehandelt, wäre vielleicht auch hier schon ein Tarifvertrag unter starker Anlehnung an den Entwurf des ausgearbeiteten Reichsmanteltarifvertrages vor. Nach all den geschilderten Vorgängen steht die Branchenleitung auf dem Standpunkt, unbedingt trotz aller Machination und Schwierigkeiten den Weg zur Schaffung eines Reichsmanteltarifvertrages weiter zu beschreiten, zum Schutz der Arbeitsträger aller Beschäftigten in der Fassett- und Weiterverarbeitungsindustrie.

Von allen sich an der Aussprache beteiligenden Kollegen wurde stark unterstrichen, dass die letzten zwei Jahre im Tarifwesen der deutschen Fassettindustrie sichtbare Erfolge gebracht haben. Die Not und Sorge im Kampf um tägliche Brot erfordern jedoch doppelte Anwendung von Kraft, um zum Reichsmanteltarifvertrag zu gelangen. Wie im Vorjahr so soll auch dieses Jahr die Weitwirkung des R.M. gesichert werden. Sollte trotz dieser Mithilfe ein greifbarer Erfolg hinsichtlich der Schaffung des Reichsmanteltarifvertrages in diesem Jahr noch nicht zutage treten, dann wird auf dem Wege der Schwung von einheitlichen Tarifverträgen nach den Richtlinien des Reichsmanteltarifvertrages weiter gearbeitet werden, um so die Brücke zum Reichsmanteltarifvertrag zu schlagen.

Wie immer war eine geräumige Zeit der Sitzung der Frage des Vertrages des Gewinnabtisches in der Glashüttenindustrie gewidmet. In letzter Zeit mehrten sich bedenklich die Erkrankungen der inneren Organe bei den Glasmachern. Als Ursache betrachtet man das Arbeiten mit Cadmium; jedoch aber auch die gestiegerte Arbeitsintensität aller Beschäftigten in den Schleifereien.

Die Reichstarifkommission beauftragte die Organisation, dafür zu sorgen, dass bei Erkrankungen der inneren Organe bei Glasmachern die Berufsgenossenschaft verpflichtet wird, diese Erkrankungen als entlastungspflichtige Verletzungen anzuerkennen. Entgegnete Anträge werden nach Zusammenlegung des geeigneten Materials den zuständigen Behörden zugeliefert werden.

Wettbewerbsverhältnisse bei der BFG.

Seit langem Zeit liegen die Arbeitgeber der BFG, die in Westmässer vier Betriebe heißt, dass die Verdienste immer geringer werden, und das es trotz angestrengter Arbeit oftmals nicht möglich ist, den Rücksicht zu verdienen. In einer Affordarbeiterversammlung aller vier Betriebe wurde zu diesen Verhältnissen Stellung genommen. Was dort vorgetragen wurde, lässt allerdings darauf schließen, dass vieles, sehr vieles abgedeckt werden muss, wenn die Affordarbeiter an ihrem Recht kommen wollen, und wenn sie nicht ohnmächtig erledigt werden, dass ihnen ein großer Teil der angefertigten Ware zur Berechnung verloren geht. Der prozentuale Satz an schlechtem Glas ist unerträglich hoch und es kommt sehr oft vor, dass die im Tarifvertrag vorgesehenen 10 Proz. Glasmacher, für die es keine Erschöpfung gibt, erreicht und überschritten werden. Viele Glasmacher erklären, dass ein Durchschnittsprozent von 8,9 und mehr Prozent durchaus an der Tagesordnung sei.

Dabei ist dann noch festzustellen, dass mancher Aussall, der tatsächlich auf schlechtes Glas zurückzuführen ist, auf das Konto von Arbeitnehmern kommt; dann auch der Aussall durch Bruch und Sprung ist außerordentlich hoch. Wenn dieser Bruch und Sprung nun dadurch zu verzögern ist, dass es sich um sprödes Glas handelt, so wäre dieser Aussall selbstverständlich auf das Konto „schlechtes Glas“ zu verbuchen. In Wirklichkeit aber wird er eben unter Bruch und Sprung verbucht und geht über diese 10 Proz. hinaus. Bei solchen Verhältnissen muss der Arbeiter die Lust zur Arbeit verlieren. Ein früherer Direktor der BFG, der im Vorjahr ganz plötzlich das Feld seiner Wirklichkeit verließ oder verlassen musste, erklärte bei einer Verhandlung, die Betriebe, die mehr als 5 Proz. Arbeitsausfall hätten, müssten als Eigentümern bezeichnet werden. Fraglich ist nun, als was man die Betriebe der BFG, bei denen so hohe Aussäle zu verzeichnen sind, bezeichnen soll. Dabei wird z. B. den Glasmachern auf dem G-Werk eine Kontrolle darüber, wo ihr Glas bleibt und wie der Aussall sich prozentual verteilt, fast vollständig genommen. Während früher der Laufzettel mit dem betreffenden Kasten Glas immer weiter ging, gehen die Glasmacher jetzt diese Laufzettel überhaupt erst immer eine Woche später. Ihre wiederholte erhobene Forderung, wieder die Laufzettel mit dem Kasten Glas mitgehen zu lassen, ist bisher abgelehnt worden. Man muss sich dabei fragen, welche Gründe für die Firma vorliegen, dass sie diese Forderung ablehnt. Wenn von Glasmachern erklärt worden ist, dass die untenen Beamten bei nicht Glasmachern als 10 Proz. die Dinge schon immer so regeln, dass dann ein Teil auf Konto Arbeitnehmern und so weiter kommt, damit die 10 Proz. übersteigenden Glasmacher nicht vergütet werden brauchen, Klingt das zwar kaum glaublich, doch wird nicht eher das Gegenteil bewiesen sein, ehe nicht der Laufzettel mit dem Kasten mitgeht und der Glasmacher zu jeder Stunde feststellen und vergleichen kann, was mit seiner Ware geschieht. Ist es an und für sich schon schlimm genug, dass der Glasmacher überhaupt diese Kontrolle ausüben muss, so muss aber verlangt werden, dass ihm die Kontrolle nicht unnötig erschwert wird.

Ein besonderes Kapitel ist die Ausgestaltung der Sorten. Nach dem Vertrag unterliegt die Feststellung von Stücklohnzägen der betrieblichen Regelung, unter Mitwirkung der geistlichen Betriebsvertretung. Werden nun neue Sorten angefertigt und kann eine Einigung über Bezahlung nicht erreicht werden, so dauert es oft Wochen lang, ehe der Betriebsrat überhaupt zur Verhandlung kommt. Die Direktion hat keine Zeit. Herr Prokurist Hesse ist verantwortlich für das G-Werk, U-Werk und H-Werk. Es ist auch wieder besonders das G-Werk, das unter diesem Zustand besonders leidet, da gerade für den Betriebsrat dieses Werkes Herr Hesse kaum jemals zu erreichen ist. Auch im U-Werk ist es erst nach langem schriftlichen Verkehr zwischen Betriebsrat und Direktion eine mundliche Verhandlung möglich, wobei nicht gesagt werden soll, dass dabei nun etwa eine Einigung herbeigeführt wird, sondern es muss auch hier oft erst das bezirkliche Schiedsgericht angerufen oder es muss mit dessen Amturteil gedroht werden. Diese Hinauslösungstat könnte sonst in diesen Werken bei erster bester Gelegenheit einmal dazu führen, dass ein größerer Konflikt entsteht, da die Arbeiterschaft verlangt, dass die tariflichen Bestimmungen eingehalten werden.

Im U-Werk wurden vor einiger Zeit einige Häfen von Kelche auf Becher umgestellt. Den beteiligten Glasmachern wurde einfach erklärt, dass in Zukunft der Tarif des G-Werkes Geltung habe. Dabei hatte das U-Werk bisher einen eigenen Becher, der etwas besser stand als der des G-Werkes. Aller Einspruch des Betriebsrates nützte nichts, auch hier wurde Klage eingereicht werden.

Glassarbeiter werden auf Anordnung der Betriebsleitung von einer Werkstelle in die andere geschickt. Kann der Meister, der hier vorher einen Glassarbeiter eingerichtet hatte, dann mit dem neuen nichts verdienen, so steht das die Firma nicht. Während bei Eintragen und Kübelmachern auf Anordnung der Firma immer sofort oder in kürzerer Zeit der Höchstlohn des Tarifs eingezahlt werden muss, weigert sich die Betriebsleitung des H-Werkes bei Gehilfen das gleiche zu tun. Dort wird besonders bei Gehilfen, die in den höchsten Lohnklassen sind, trotz Einspruchs der Meister in vielen Fällen ein niedrigerer Lohn eingezahlt, wie ihn die Meister angeben. Ganz bewegt sich

dieser Lohn auch in der tariflichen Spanne, doch werden oftmals tüchtige Gehilfen durch die Betriebsleitung verhindert, den Höchstlohn zu bekommen, trotzdem sie ihn nach Ansicht des Betriebsmeisters verdienten. Also auch hier vollkommen willkürliche Handlungen der Betriebsleitung. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, diese Dinge so weiterlaufen zu lassen, deshalb muss von den verantwortlichen Stellen der Firma gefordert werden, dass umgehend in all den Fällen Abhilfe geschaffen wird. Ein Wunder ist es nicht, dass bei so starken Aussälen der fertigten Produktion die Verhältnisse bei der BFG seit Jahren nicht schön sind. Wundern muss man sich nur, dass nicht schon längst mit allen Mitteln versucht worden ist, diese Aussäle herabzudrücken. Am Interesse der Arbeiterschaft, die durch diese Dinge einen außerordentlichen Lohnausfall erleidet, muss das dringend gefordert werden. Wir glauben aber, dass es auch im Interesse der Direktion liegt, hier endlich für Abhilfe zu sorgen.

Köln-Ehrenfeld.

Nach fast einem Stillstande von 1½ Jahren hat sich die Gesellschaft der Rheinischen Glashütte entschlossen, die Produktion wieder einzunehmen. Die sehr großen Lagerbestände sind restlos ausverkauft, und es scheint eine bessere Grundlage vorhanden zu sein, den Betrieb nun wieder einzunehmen. Die Aufnahme der Arbeit soll am 1. Oktober vorläufig mit 40 Beschäftigten erfolgen. Es besteht die Absicht, nach und nach den gesamten Betrieb Anfang des Jahres 1930 in Gang zu bringen.

Von der Arbeiterschaft hat ein Teil in anderen Glashütten Arbeit gefunden, die Mehrzahl ist noch arbeitslos, so dass kurz oder lang der grösste Teil wieder eingestellt werden wird. So weit die Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, hat sich die Firma dem Schutzverband der Deutschen Glashäfen angegeschlossen und sollen die im Rahmenvertrag festgelegten Arbeitsbedingungen auch für die Arbeiterschaft Geltung haben. Einigkeitlich ist der Übergang vom Werkstatistarif zum Reichstarifvertrag ohne wesentliche Verschlechterungen für die Arbeiterschaft vollziehen wird, steht noch offen. Die Verhandlungen mit der Direktion sind darüber eingeleitet.

Dermbach.

Die frühere Firma Glas- und Metallwerke Ernst Fenzen A.G., Dermbach/Rhön ist durch Zwangsversetzung in andere Hände übergegangen. Der Betrieb wird gegen Mitte Oktober d. J. wieder neu aufgenommen. Die neuen Inhaber firmieren: Rhön-Glashüttenwerke Rahmig u. Jungwirth, Dermbach/Rhön.

Bezüglich der Forderungen unserer Kollegen aus der Konkurrenz Ernst Fenzen A.G., Dermbach, geben wir hiermit bekannt, dass nach Abschluss des Verfahrens das Resultat in der Verbandszeitung bekanntgegeben wird. Alle Anfragen erübrigen sich damit.

Bezirksabstelle Bob Salsungen. 2. Apel

Stützerbach i. Thür.

Die Firma Greiner & Co., Glashüttenwerk in Stützerbach, hat ihren Betrieb nunmehr völlig stillgelegt. Die Arbeiter wurden sämtlich entlassen. Seit längerer Zeit befindet sich die Firma in finanziellen Schwierigkeiten. Zur Zeit streift sie einen Vergleich mit ihren Gläubigern an. — Stützerbach ist einer der Orte, in denen die Glashüttenindustrie in Thüringen am stärksten vertreten ist. Die Stützerbacher Glashüttenindustrie konnte sich bisher in kritischen, wirtschaftlichen Situationen stets behaupten. Neuerdings steigt die Zahl der Arbeitslosen bedenklich.

Haflingerhausen-Barmen.

Allen Kollegen hierdurch zur Kenntnis, dass sich die Kollegen der hiesigen Glashütte in einer Lohnbewegung befinden. Die Firma legt die Lohnverhöhung und auch weitere Verhandlungen ablehnt, haben sämtliche Glasmacher die Kündigung eingereicht.

Wir bitten deshalb, Arbeitsangebote vorläufig noch hier als abschliessend und sich in allen Angelegenheiten an die Branchenleitung "Barmen, Wittensteinstr. 2 (Gewerkschaftshaus) wenden zu wollen.

Bedeaux-System in der Porzellanindustrie.

Auch die Porzellanindustrie darf bei den vielen Versuchen, aus dem Arbeiter das Neuerste herauszuholen, nicht fehlen. Zu den schon bestehenden Systemen ist in den letzten Jahren in Deutschland ein neues gekommen, das nach seinem Erfinder, einem französisch-amerikanischen Ingenieur Bedeaux, das Bedeaux-System genannt wird. In Amerika ist das System schon vor 17 Jahren begründet worden. 1916 trat Bedeaux zum ersten Male damit an die Öffentlichkeit. Die von ihm gegründete Bedeaux-Gesellschaft vermittelte auf Anforderungen von Industriellen die sogenannten Bedeaux-Ingenieure, die in den neuen nichts verdienen, so steht das die Firma nicht. Während bei Eintragen und Kübelmachern auf Anordnung der Firma immer sofort oder in kürzerer Zeit der Höchstlohn des Tarifs eingezahlt werden muss, weigert sich die Betriebsleitung des H-Werkes bei Gehilfen das gleiche zu tun. Dort wird besonders bei Gehilfen, die in den höchsten Lohnklassen sind, trotz Einspruchs der Meister in vielen Fällen ein niedrigerer Lohn eingezahlt, wie ihn die Meister angeben. Ganz bewegt sich

wissen, was für unangenehme Streitigkeiten es über diesen Punkt gibt. Alles Mögliche wird von den Betriebsleitungen herbeigezerrt, um sich der Bezahlung solcher Wartezeiten zu entziehen. Die Wirklichkeit sieht so aussehen: Wenn es nicht gelingt, die zur Minimalleistung gestempelte normale Leistung zu erzielen, dann wird wegen Nichtleistung der Kündigungsbrief ins Haus flattern, ganz gleich, ob es Arbeiter oder Angestellter ist.

Wir erwähnten also oben, dass bei Leistung über 60 Brämen gezahlt werden sollen; aber nicht die volle Brämie soll zur Ausübung kommen, sondern nur 75 Proz. derselben. Analog will man durch Herabsetzung der Brämie zweiterlei erreichen: Man will verhindern, dass der Arbeiter das Neuerste aus sich heranschafft und dadurch geistigheitlich geschädigt wird. Zum anderen aber sagt man, dass zur Erzielung höherer Leistungen die drei Faktoren: Zeit, Geschicklichkeit und Energie notwendig seien. Geschicklichkeit und Energie sind Dinge, die jeder Arbeiter besitzen oder sich aneignen kann. Die Zeit aber sei von der Betriebsleitung durch den Arbeitsvertrag erworben. Daher sei die Betriebsleitung berechtigt, einen Teil der Mehrleistung, eben das fehlende Viertel der Brämie, für sich zu beanspruchen. Das ist eine äußerst gewagte Behauptung, denn die Zeit steht doch der Betriebsleitung bei Erreichung der Minimalleistung voll und ganz zur Verfügung.

Die Bedeaux-Ingenieure behaupten, dass ihr System die Arbeiterschaft, die in Akten arbeitet, vor willkürlicher Herabsetzung der Arbeitspreise bewahre. Uns will scheinen, dass die Arbeiterschaft beim Bedeaux-System, wie beim reinen Affordarbeiter, aus ihrer eigenen Kraft verdient wird, wenn die Betriebsleitung an Verzügen, die Stückpreise herabzusetzen, abhindert wird. Genau so ist es beim Bedeaux-System. Eine Betriebsleitung, der der Rohstoff zur zweiten Natur geworden ist, wird durch die vertragliche Bindung der Bedeaux-Gesellschaft gegenüber — die festgelegten Bedeauxwerte für alle Seiten gelten zu lassen — bei der Herabsetzung der Lohnabsetzen nicht hindern lassen.

Die in einer Sparte erzielten Leistungen sollen andererseits an einer Leistungstabelle darin oder den Arbeitern zugängig gemacht werden. Die Rolle davon ist, dass ein Teil der Arbeit untereinander auf den, der die höchsten Leistungen verbracht hat, entfallen wird. Der höchste Leistende Arbeiter wird, ohne Rücksicht auf seine Gesundheit und ohne Rücksicht auf die neben ihm arbeitenden Kollegen, seine Leistung zu halten und weiter zu steigern suchen. Daraus rücktloses Verhalten eines Arbeiters mag wohl für Amerika ausdrücklich sein, in Deutschland hat man aber bisher aus Solidarität unter den Arbeitern gehalten, d. h. der Leistungsfähigere hat den am leichteren Leistungen nicht beteiligten Kollegen mit Rat und Tat unterstellt. Dazu bleibt ihm beim Bedeaux-System keine Zeit mehr. Rücksichtlose Gegeneinander spielen ist die Folge des Systems.

Zu dem jetzt schon ein großes Interesse bestehenden ausgelöschten Affordsystem soll durch das Bedeaux-System noch hinzukommen, dass auch Arbeiter, Werkmeister und Ab-

ungsleiter, Obermaler, Oberbrecher, Oberbrenner usw.) bei entsprechender Mehrleistung ihrer Abteilung oder der in ihrer Abteilung Beschäftigten solche Prämien erhalten. Selbstverständlich muss das zu noch rücksichtsloserer Unternehmens- und Entloftung von Arbeitern und Arbeitnehmerinnen führen, die nach Meinung des „Übers“ nicht genug arbeiten. Ihm also nicht genug einbringen.

Der Tarifvertrag für die deutsche Feinsteinerische Industrie bleibt zur Einführung des Systems keine Handhabe. § 26 sagt: Alle Zeit- und Altkordtne werden im Einverständnis mit der Preiskommission festgesetzt. Hier ist von Zeitlupe und Altkordtne die Rede. Von Prämien ist im ganzen Vertrag für die keramische Industrie kein Wort zu finden. Wenn man mit so viel der Arbeitszeit mitzuwirken, von den Bedeaux-Leuten wird behauptet, dass die Hinzuziehung des Arbeiterrates bei der Festsetzung der Leistungen Wirkung habe. Dem widersprechen wir ganz entschieden. Der Arbeiterrat darf wohl ausgenommen sein davon absehen, ob das richtig gemacht wurde, ihm wird aber der Einblick in die Ermittlungskurven verwehrt, so dass er die Schätzungen der Bedeaux-Leute sind, nicht feststellen kann. Man soll uns nicht kommen und sagen, dass das Prämiensystem abgestoßen ist, weil es nicht ausdrücklich in unserem Tarifvertrag steht.

Was soll eigentlich die weitere Leistungssteigerung in der keramischen Industrie für eine Folge haben? Von den Bedeaux-Leuten wird versprochen: die Einführung ihres Systems geht nicht zu Entlassungen und auch nicht zur Stilllegung von Betrieben führen. Alle Welt weiß jetzt, dass die Porzellanindustrie ihre Produktion kontingentiert hat. Wer das sieht, weiß auch, dass die Kontingentierung Verabschaffung der Belegschaftszahlen bedeutet, erst Stilllegung veralteter Betriebe kommt dazu noch die Leistungssteigerung durch das Bedeaux-System, so ist selbstverständlich eine weitere Verabschaffung der Belegschaftszahlen die Folge. Darüber müssen sich die Kollegen klar sein. Die Einführung des Bedeaux-Systems bedeutet: Erhöhung der Leistung, und da die Abschaffung leichter geworden ist, verstärkte Arbeitslosigkeit. Vorsichtshalber gehen die Verdienststeigerungen, die wir als Voraussetzung der Einführung des Bedeaux-Systems gar nicht beitreten wollen, werden durch frühzeitigen Verbrauch der Arbeitskräfte erlaufen. Letzten Endes hat das für die Arbeiterschaft wieder die Bedeutung – zeitiger Verbraucht und eher aus dem Arbeitsprozess als invalid ausgestoßen zu werden. Zu dem kommt, dass u. G. die Qualität der Arbeit wieder stark leidet wird, was in der heutigen Zeit, wo wir auf Qualitätsarbeit angewiesen sind, auch nicht von Vorteil sein dürfte.

Das heute in der Porzellanindustrie geltende Altkordtensystem, das scheinbar den Unternehmern zur Ausbeutung der Arbeiterschaft nicht genügt, soll durch das Bedeaux-System erreicht werden, weil dieses eine noch grösere Ausbeutung garantiert. Dabei steht fest, dass die Porzellanarbeiter schon heute unter dem bestehenden Altkordtensystem äußerst deutlich zu leiden haben. Hierfür wollen wir nur ein einziges deplorables Beispiel anführen. – In der Porzellanfabrik Thomas in Marstebach, in der ca. 800 Personen beschäftigt sind, ist von sämtlichen beschäftigten Dreher keiner älter als 30 Jahre. Diese Tatsache ist typisch für die Betätigungen in den Drehereien, Keramikereien und Gießereien. Selbst die Betriebsleitung hat die außerordentliche Anspritzung der Dreher unter dem heutigen Altkordtensystem erkannt. Sie hat im Jahre 1928 zugestimmt, dass den Dreher ein besonderer 14-tägiger Erholungsaurlaub unter Bezahlung der Entschädigung aus der Wohlfahrtskasse neben dem tariflich zustehenden Urlaub gewährt werde. In diesem Jahre hat man nur darauf einen besonderen Urlaub abgelehnt, weil man glaubte, dass die Dreher, die während dieser Sommers kurz gearbeitet haben, Sicherheit gegenboten, sich zu erholen. Die Auswirkungen des Bedeaux-Systems werden noch schlimmere Folgen zeigen. Will auch diese Kollegen die Porzellanindustrie durch den längeren Urlaub wieder anstimmen?

Wir glauben, die Altkordtarbeit gibt der Porzellanindustrie schon viel zu viel Möglichkeit, aus dem Arbeiter herauszuholen, was aus ihm herauszuholen ist. Die Porzellanarbeiter braucht keine Leistungssteigerung mehr: was sie braucht, das ist für die schon bestehende Leistungssteigerung die entsprechende Lohnsteigerung.

Wir glauben, unsere Stellungnahme zum Bedeaux-System ist ausdrücklich zu können, dass wir uns dem Beschluss des im November 1928 in Hannover stattgefundenen Kongresses des Bataab-Bund der technischen Angestellten anschließen. Dieser Kongress hat folgendes beschlossen:

Die im Bataab organisierten Techniker Niedersachsens befürworten sich zur technischen Nationalisierung, bei der allerdings nur das technische Optimum vorherzusehen darf. Dagegen werden sie sich gegen Nationalisierungsmethoden, wie sie gegen einzelnen Werkern unter Aufsichtnahme amerikanischer Betriebsorganisationen durchgeführt werden. Bevorhanden entschieden ist das u. a. bei der Continental-Cement- und Gips-Verba-Companie Hannover eingeführte Bedeaux-System zu verteilen. Die Täuschung der Arbeiter und Angestellten wird hierbei auf eine raffinierte Art ausüben, und dadurch ein Antreiber- und Konkurrenzbeziehungen erzeugt, das jedes Gemeinschaftsgenossenschaft und jede Rücksicht auf die Mitarbeiter erfordert. Die allseitige Einführung dieses verderblichen amerikanischen Arbeitssystems würde die Arbeitslosigkeit der älteren Arbeiter und Angestellten ins Unermeßliche steigern. Die Arbeitnehmer können solchen unfairen Betriebsmethoden nur entgegen treten, wenn sie sich in den freiebetrieblichen Betriebsorganisationen zusammenfassen und solche Betriebs- und Angestelltenräte wählen, die sich in der Gewerkschaftsbewegung bewährt haben.

Unserer Kollegenschaft im Heide muss zeigen werden, dass Einführung solcher überflüssigen Arbeits- und Ersparnismethoden nur durch üblerische Ausbeutung aller organisatorischen Kräfte verhindert werden kann. Die organisierten Porzellanarbeiter haben bisher in jedem Falle den Vierarbeitszeit, einer Tagesarbeitszeit, einer Tagessatzzeit, der Verarbeitung und der Produktion das Wort gerecht und diesen Vorsprung beibehalten. Aber was ist mit diesem Gebiet? Hier steht fest, dass die Porzellan- und Steingutfabrik im Ausland der besten Porzellan- und Steingutfabrikate technisch weit voraus ist. Sollte diese Vierarbeitszeit eingeschoben, wären die besten Fabrikanten wiederum nichts anderes zu tun, als aus der Arbeitszeit und aus mehr Betriebszeit, als bisher schon gesetztesrecht war. Dieses System lehren wir ab. – Die Gesellschaft, die mit dem Bedeaux-System bedacht werden soll, tritt eine Versammlung vor der gesamten keramischen Betriebsleitung hinzu.

Keramikindustrie und Frauenarbeit.

Die Porzellanindustrie ist gezwungen, um technisch auszugehen und noch Arbeitssauer zu suchen, um den heutigen Arbeiten gerecht werden zu können. Die Organisatorische Gesellschaft hat viele Firmen Meeres und Thunes gegründet und kommt auch auf hohe technische und finanzielle Ressourcen des Personals angewiesen.

Die Zeiten der Nationalisierung sind freilich beiunter Tarifvertrag der Bataab und Bataab auf finanziellen Gründen der Betriebe darum

drungen. Gegen die zu diesem Zweck angewandten Mittel müssen wir uns aber entschieden wenden.

Es gibt Betriebsleistungen, die das Wort Nationalisierung dahin auswerten, dass sie vor allem an der Dohnumfrage zu sparen anfangen und zwar zuerst bei den Männerlöhnen. An den Direktoren- und Profurtsengagés denken sie nicht. Selbst im Bezirk Selb ist dies der Fall, man entlässt alte alte Facharbeiter, auch wenn diese 15 und mehr Jahre bei der Firma Dienste geleistet und stellt Frauen und Mädchen an die Stelle. Es ist kaum 1/2 der Männerlöhne erhalten; Qualität ist Nebensache. Von den Frauen sucht man, trotz geringer Bezahlung, die gleichen Leistungen herauszuholen wie von den Männern.

Wir behaupten, dass die Frauen nicht so intensiv arbeiten können, denn sie haben doch neben den 8 Stunden Arbeit im Betrieb noch ihren Haushalt zu betreiben. Außerdem ist die Frauearbeit, besonders in den Drehereien, sehr schwer und gefährlich schädlich, wie dies an dem hohen Krankenstand nachzuweisen ist.

Um einen Dualitätsbetrieb ist es schon ziemlich schlecht hergestellt, wenn auf diese Art der Versuch des Sparsams gemacht werden muss. Der Nachfrage ist leicht zu erbringen, doch der Erfolg der Männerarbeit in allen Teilen des Betriebes der falsche Weg zum Ziel ist. Erfahrungen zu machen. Allerdings werden auch in Qualitätsfabriken Frauen beschäftigt, meist aber nur in den Verzierungsbereichen und unter der Vorauseitung gleicher Etikettensätze für Männer und Frauen. Möglicherweise ist es, von den Frauen ante Arbeit bei gebrochenen Löhnen – noch dazu in der Dreherei – zu fordern. Es gibt noch viele andere Möglichkeiten, um die Aussichten zu vergrößern und man sollte wahrscheinlich annehmen, dass die Industrie von diesen leichteren und zuverlässigeren Möglichkeiten Gebrauch macht. Wenn man ausreichende Stückzahlen gewährt, so kann man Arbeitgeberpersonal, da die Arbeiterschaft dann von selbst gute Leistungen vollbringen. Das lehrt sich dann im proportionalen Verhältnis nach oben fort, so dass man mit bedeutend weniger Betriebsleitern und Direktoren, die bekanntlich recht teuer sind, auskommen.

Die Tendenz, auch die Dreher mehr und mehr durch Frauen und Mädchen zu ersetzen, muss die Eltern schulentschlossener Jugend warnen, die dem Dreherberuf auszuwählen. Die jungen Leute müssen damit rechnen, im Augenblick des Ausbildungsbereichs der Männerarbeit in allen Teilen des Betriebes im Arbeitsamtssatz Marktredwitz in welchem circa 18.000 Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt werden, beweisen, dass die männliche Arbeitsschaft in der Porzellanindustrie zu jahrelangen Arbeitslosigkeit verurteilt ist, während die Nachfrage nach Frauen nicht befriedigt werden kann. Teilweise ist das Jahr in zwei Teile. Von Oktober bis März wird für den Innlandsmarkt gearbeitet, während die Produktion in den anderen Monaten dem Export dienen soll. An diesen für den Export vorgesehenen Arbeitsmonaten soll der Lohn zwischen 9 bis 15 Proz. gestiegen werden, um durch eine solche Herabsetzung der Gestaltungslösen den Absatz im Ausland zu erleichtern.

Dies ist ja eine sonderliche Vereinbarung. Den Arbeitern wird der verkürzte Lohn für die Export-Arbeitsmonate auferlegt, den Arbeitern aber keine Gewinnförderung. Ein eigenartiges „gleiches“ Recht in der Wirtschaft.

Pressig.

Im Betrieb der Firma Stäubliert in Pressig ist ein Direktor Weißer tätig, dem anscheinend ein anderer Beruf mehr Bekleidung bringen würde, aus seinen Ausführungen geht hervor, dass er vor allem an der Dohnumfrage zu sparen anfangen und zwar zuerst bei den Männerlöhnen. An ihr gehört mit Glassplittern illustriert, kann man das wenigstens schließen. Ein Mann in so einer Stellung ist doch seinem Beruf etwas schuldig und sollte ein anständigeres Venelement an den Tag legen. Wenn er das nicht kann, steht er auf einem verschleierte Platz und die Firma leidet, gehorchen sich nicht für den britischen Vertreter einer Firma, die etwas geltend will. Weil es der Direktor Weißer so treibt, will der Betriebsleiter Hagen auch nicht zurücktreten, er schlägt sogar junge Arbeiter und bildet sich darauf noch was ein. Zum Scheitern am seiner Betriebsleiter und Angestelltenrechte gar nichts zu liegen, sonst könnte er sich unmisslich zu so verwerflichen Handlungen hinreißen lassen.

Wenn sich aber verantwortliche Betriebsbeamte so benehmen, die doch Vorbilder für die Arbeiter sein sollten, dann braucht sich die Firma nicht wundern, wenn die Belegschaft missmutig, arbeitsunlustig und erregt wird. Keiner Arbeiter und jede Arbeiterin hat das Recht, als Mensch behandelt zu werden, denn aus der Arbeit der Belegschaft schöpft die Porzellansfabrik ihren Gewinn. Nur diese gewinnbringende Tätigkeit sich beschimpfen und prügeln zu lassen, dazu haben die Geschäftsführer keine Lust.

Wir wünschen, dass die Betriebsverantwortlichen zur Stechenschafft gezwungen werden, und dass sie sich in Zukunft vorbildlicher betragen. Sollten sie dem nicht nachkommen, so bitten wir die Arbeiter und Arbeitnehmerinnen, die Betriebsbeamten so zu behandeln, wie sie es verdienen. Mit Hilfe der Organisation ist schon mancher sich ungünstig bemerkende Vorgesetzte zur Mission gebracht worden.

Arbeiter und Arbeitnehmerinnen der Porzellansfabrik Pressig, schließen euch alle der Abteilung Keramischer Bund im Fabrikarbeiterverband Deutschlands an, dann seid ihr nicht wehrlos dem Direktor Weißer und seinem Betriebsleiter Hagen preisgegeben.

Italien.

In Italien ist, wie das Internationale Arbeitsamt mitteilt, vor kurzem eine neue Gesamtvereinbarung zwischen dem faschistischen Industrieverband und dem faschistischen Verband der Glas- und Porzellansarbeiter getroffen worden. Der Vertrag soll eine Förderung der Industrie bezeichnen, die für den Innlandsmarkt nicht ausreichend beschäftigt ist. Der Vertrag teilt das Jahr in zwei Teile. Von Oktober bis März wird für den Innlandsmarkt gearbeitet, während die Produktion in den anderen Monaten dem Export dienen soll. An diesen für den Export vorgesehenen Arbeitsmonaten soll der Lohn zwischen 9 bis 15 Proz. gestiegen werden, um durch eine solche Herabsetzung der Gestaltungslösen den Absatz im Ausland zu erleichtern.

Dies ist ja eine sonderliche Vereinbarung. Den Arbeitern wird der verkürzte Lohn für die Export-Arbeitsmonate auferlegt, den Arbeitern aber keine Gewinnförderung. Ein eigenartiges „gleiches“ Recht in der Wirtschaft.

Italienische Kalk-, Gips- und Zementwarenindustrie.

Der Nationalverband der Cement-, Kalk- und Gipsindustrie in Italien hat im vergangenen Jahr Erhebungen vorgenommen. Danach bestanden 1512 Unternehmen mit 526 Betrieben mit insgesamt 1000 Löhnen und circa 6000 Arbeitern. Die Kalkindustrie ist über das ganze Land verbreitet. Auf die Provinz entfallen 110, auf Toscana 80, Venetien 73, Emilia 61, Piemont 58, Umbrien 32, Sizilien 31 und weniger Betriebe auf die übrigen Provinzen des Landes.

Im Jahre 1914 belief sich die Erzeugung von Kalkstein auf rund 6,5 Millionen Rentner. An Kalkproduktion, worin die Nebenprodukte der Zementfabriken enthalten sind, wurden im Jahre 1928 15 bis 18 Millionen Rentner gewonnen. Die Ausfuhr ist von 120.000 Rentner im Jahre 1913 auf 10.000 Rentner im Jahre 1928 zurückgegangen. Gleichfalls ist die Einführung von 80.000 auf 30.000 Rentner gesunken.

In der Gipsindustrie bestehen 197 Unternehmen mit 115 Betrieben, 120 Löhnen und 1000 Arbeitern. Die Erzeugung von Gips bewirkt sich auf circa 5 Millionen Rentner. Die Ausfuhr ist seit 1913 von 21.500 auf 82.000 Rentner gestiegen. Als Hauptausfuhrländer kommen nach dem Reich, Japan, Schweiz, Frankreich und die Kolonialgebiete in Betracht.

Die Arbeitsbedingungen Arbeitszeit, Überstundenverfahren und so weiter, wurden vor zwei Jahren durch Gesetz für die ganze Industrie geregelt. In diesem Rohr wurden auch die Löhne durch Provinzialverträge festgesetzt.

Der Anfang mit der Lohnfestsetzung ist in Bari, der Hauptstadt Apuliens, gemacht worden. Danach ergaben sich folgende Tagelohnsätze in Bari:

	Lire	M
Gehalteinnehmer	23	= 5,10
Bremer	22	= 4,88
Femarbeiter	19	= 4,22
Sackfüller (Rader)	16	= 3,55
Schauflerarbeiter	16	= 3,55
Tarrenlader am Ofen	15	= 3,33
Sandblaster	14	= 3,11
Maschinisten, Motoristen, Mechaniker	19,25	= 4,28
Heizer	16	= 3,55
Spezialarbeiter	19,25	= 4,28
Wärter (Mächter)	13,50	= 3,-
Bürolohn 17–18 Jahre	7,50	= 1,69
Bürolohn, unter 17 Jahre	6,-	= 1,23

Zur Erde sind die Löhne um 1,50 Lire = 0,33 MM erhöht.

Arbeitszeit beträgt mit Ausnahme der Wärter, Mächter, Arbeiter, die am Ofen beschäftigt sind, für welche zweiseitige Dienstzeiten bestehen. 8 Stunden täglich.

Die Nebenstunden werden entrichtet bei Tage mit 20 Proz., von 22 bis 6 Uhr mit 25 Proz. Aufschlag. Feiertagsarbeit wird mit 30 Proz. vergütet.

Die Altkordtareale sollen berichtigt werden, dass ein Mehrertrag einen Mehrertrag bringt.

Die Betriebsleiter sind unter 18 Jahren, die im Betrieb beschäftigt sind, für die gesetzlichen und tariflichen Festlegungen zu verantworten.

Die Arbeitsbedingungen Arbeitszeit, Überstundenverfahren und so weiter, werden vor zwei Jahren durch Gesetz für die ganze Industrie geregelt. In diesem Rohr wurden auch die Löhne durch Provinzialverträge festgesetzt.

Der Anfang mit der Lohnfestsetzung ist in Bari, der Hauptstadt Apuliens, gemacht worden. Danach ergaben sich folgende Tagelohnsätze in Bari:

	Lire	M
Zusammenarbeiter (Motorkarbeiter), 1. Klasse, sommerliche Bezahlung	19,75	= 4,99
Zusammenarbeiter (Motorkarbeiter), 2. Klasse, einjährige Bezahlung	17,95	= 3,94
Zusammenarbeiter (Motorkarbeiter), 3. Kl. schwarz und weiß Farben	14,50	= 3,22
Abreiter (Plattenarbeiter), 1. Klasse	18,-	= 4,-
Abreiter (Plattenarbeiter), 2. Klasse	15,75	= 3,50
Abreiter (Plattenarbeiter), 3. Klasse	14,50	= 3,22
Poliere (Schleifer) (Schleifer), 1. Klasse	18,-	= 4,-
Poliere (Schleifer) (Schleifer), 2. Klasse	15,90	= 3,51
Poliere (Schleifer) (Schleifer), 3. Klasse	15,80	= 3,51
Leberstreicher, 1. Klasse	12,50	= 2,78
Leberstreicher, 2. Klasse		

Zu allen Ortschaften der Provinz sind diese Löhne um 15 Proz. niedriger.

Der Venosio, der uns diese Lohnausstellungen überlässt, schreibt uns dazu: Diese Verträge, wie auch andere, z. B. der Gummiarbeiter, sind durch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu stande gekommen. Das klingt sehr schön im Sinne der Gleichberechtigung. In der Praxis sieht es aber so aus, dass die Vertreter der Arbeitgeber wirklich in Industrie, also Arbeitgeber oder Fabrikleiter, während die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen Beamte oder Majorat über der faschistischen Partei sind, die von der Industrie und den Arbeitern verschärfen verdonnen.

Die Lohnsätze und Arbeitsbedingungen, wie sie ausgeschärfzt sind, sind die gesetzlich und tariflich festgelegten, ob sie wirklich gezahlt bzw. innegehalten werden, lässt sich schwerlich nachprüfen. Die abgeschlossenen Verträge wurden den Arbeitern vorgelegt und erklärt, dass sie gutheissen und annehmen müssen.

Konjunktur des Bau- und Baustoffmarktes.

Im zweiten Vierteljahrbericht des Instituts für Konjunkturforschung wird eingehend die Baustoff- und Baumarktlage behandelt. Der Ausfall des ersten Quartals 1929 infolge des langen und strengen Frostes konnte durch eine erhöhte Bautätigkeit im zweiten Quartal so ziemlich ausgeglichen werden. Den höchsten Stand hat man für den Monat Juni festgestellt. Die hohe Erwerbslosenzahl der Bauarbeiter (10 Proz. der Mitgliederzahl des Baugewerbes), im Vorjahr 7,5 Proz., erklärt man sich durch das W

Die Baustoffpreise wiesen eine steigende Tendenz auf. Der Baustoffindex stand auf 173 Proz. (1913=100), zurzeit beweist sich der Anzog für Baustoffe um 182. Es ist also noch eine weitere Preistiefelung im dritten Quartal erfolgt.

Ob die Voraussage des Konjunkturforschungsinstituts, daß man auch in der zweiten Jahreshälfte mit einer guten Beschäftigung in der Bau- und der Baustoffindustrie rechnen kann, sich bewahrheitet, muß abgewartet werden. Den Stillegungen von Salzseigebieten oder Entlassungen von Biegelerarbeitern aufgrund scheint sich diese Ansicht nicht zu bewahrheiten. Besonders von Westfalen werden bereits Entlassungen von Biegelerarbeitern gemeldet.

Amerikanische Arbeitsmethoden

und deren Übertragung auf die deutsche Biegelindustrie. Während der Leipziger Messe wurden eine Anzahl Vorträge gehalten, von denen uns Ausschnitte zugegangen. Uns interessiert der Biegelerbetrieb Hagenmoor, Vorsteher des Sachsenischen Biegelerverbandes, der über die amerikanischen Arbeitsmethoden und deren Übertragung auf die Biegelindustrie sprach. Von seinen Aussführungen bringen wir, ohne damit unser Einverständnis zu befürden, folgendes: Hagenmoor wies in seinen kurzen Ausführungen vor allen Dingen auf die starke Verfeindlichkeit der amerikanischen und deutschen Biegelindustrie hin. Die eine sei organisch gewachsen, während die andere ohne jede Tradition urplötzlich aus dringenden Bedürfnissen entstanden und in ungewöhnlich starkem Maße gewachsen sei. Auch die Arbeitsmethoden haben sich in der deutschen Biegelindustrie aus den in den verschiedenen Gegenden ganz verschiedenen Bedürfnissen heraus entwickelt, während in Amerika sich aus dem Kunterbunt des Völkerreiches auch ein Kunterbunt von Arbeitsmethoden ergeben habe, die aber dann sehr rasch durchdrückt und rationalisiert worden sind, so daß nunmehr auch in den Biegelerbetrieben Amerikas, die an sich anders als in Deutschland zu meist trocken betrieben sind, auch das laufende Wand als betriebliche Dominante angesprochen werden muß. Man darf nicht vergessen, daß Amerika mit doppelt soviel Menschen wie Deutschland und in einem Raum, der mehrfach so groß ist als das Deutsche Reich, zahlreich und nur ein Bruchteil der deutschen Biegelerbetriebe bestehen. Diese erzeugen dennoch den ganzen amerikanischen Bedarf, der weit höher ist als der deutsche. Hier ist auch Kapital genug vorhanden, um arbeits- und zeitsparende Maschinen einzuführen und zu amortisieren. Wie ein Bildervortrag auf der letzten Biegertagung zeigte, ist drüben der ganze Biegel-Produktionsprozeß bis auf den kleinsten Handgriff rationalisiert und größtenteils mechanisiert. Die Produktion ist dadurch relativ billig, außerdem hat Amerika noch den Vorteil, daß ein großer Teil des Unternehmens-Umlaufkontos, die Sozialversicherung, fortfällt. Das vorhandene Kapital, die Eigenheit und Unbefähigung der Unternehmer und die ganz anders geartete Arbeiterschaft dürfen nicht vergessen werden, wenn man die Frage erörtert, ob die amerikanischen Arbeitsmethoden auch auf die deutschen Biegelerbetriebe angewendet werden sollen. Nach Meinung des Vortragenden sei diese Frage gleich zu verneinen. Die deutsche Biegelindustrie produziere bereits mehr, als sie abschaffen könne, jede Nationalisierung und Verbesserung des Arbeitsselbstes schaffe nicht nur billigere Preise, sondern auch eine höhere Produktion, die nicht mehr ablaufen kann, da es auch nicht verlassen kann, daß mit der Nationalisierung eine Erhöhung der Arbeitslöhne hand in Hand gehen müsse. Alle diese notwendigen Folgerungen aus der Übernahme der amerikanischen Arbeitssmethode seien aber für die deutsche Biegelindustrie nicht diskutabel. Die Folgen der Betriebsverbesserungen könnten nicht nur in der Strecke gebrachten kleinen Betrieben erscheinen, sondern auch in einer Erhöhung der Biegelpreise, die dann bei den hohen deutschen Frachtlöhnen und vergrößerten Anfahrtswegen nicht zu vermeiden seien. Der Redner ließ seine Ausschreibungen in dem Satz gipfeln, daß für die deutsche Biegelindustrie Betriebsverbesserungen notwendig seien, die keine Produktionserhöhung zur Folge haben, diesen Effekt könne man aber mit Hilfe der amerikanischen Arbeitsmethode nicht erreichen.

Umfang des Wohnungsbau 1918—1928.

Nach statistischen Erhebungen ist in Deutschland jede zweitste Haushaltung ohne eigene Wohnung. Der Zehnbedarf an Wohnungen wird mit 450 000 angegeben. Dazu kommt ein Neubedarf infolge Eheschließungen und Bevölkerungszuwächsen von jährlich 240 000. Bis 1930 rechnet man jährlich mit einem Bedarf von 225 000, von 1931—1935 mit 250 000 und ab 1936—1940 mit 190 000. Ab 1936 wird also durch den Ausfall an Geburten in der Kriegszeit mit einem Rückgang der Eheschließungen zu rechnen und damit auch mit einem Rückgang in der Nachfrage von Wohnungen zu rechnen sein.

Folgende Aufstellung gibt eine Übersicht über den bisherigen Neubau von Wohnungen:

1918/19	56 700	1924	106 500
1920	103 100	1925	178 900
1921	134 200	1926	205 800
1922	146 500	1927	288 600
1923	118 300	1928	290 000

Wenn auch in den beiden letzten Jahren mehr Wohnungen erstellt wurden, als der jährliche Neubedarf ist, so ist die Mindererstellung der Kriegs- und Nachkriegszeit bis zum Jahre 1926 doch so groß, daß die Wohnungsnott noch riesengroß ist. Alle Strebungen den Wohnungsbau zu fördern, sind daher weitgehend zu unterstützen.

Weißwasser, Generalversammlung.

Unter vollzähliger Beteiligung der 85 Delegierten, der Angestellten, des zuständigen Gauleiters und eines Vertreters des Hauptvorstandes, lagte am Sonnabend, dem 22. September 1929, im hiesigen Volkshaus die Halbjahres-Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Weißwasser. Zur Tagesordnung stand: Geschäft- und Kassenbericht und ein Vortrag des Kollegen Müller, Hannover, über „Nationalisierung, Lohnprobleme und Arbeiterfach“. Unter gespanntester Aufmerksamkeit laschten die Anwesenden den tiefdrückenden Ausschluß des Kollegen Müller, dessen Referat besondere Umstände wegen an erster Stelle gelegt wurde. Ihm sei folgendes entnommen: Der wirtschaftliche Aufstieg Amerikas, unsere Wirtschaftszerrüttung durch den Krieg sowie Inflation und Deflation mit den Begleitererscheinungen des variablen Kapitals und der Verschuldung der europäischen Staaten an Amerika, insbesondere Deutschlands, zwangen zu neuen Produktionsformen, die das Schlagwort Nationalisierung tragen. Verbesserte Produktivität und erhöhte Intensität sind ihre Merkmale und ihre starke Wirkung, die Zusammendrängung in einem Zeitraum von einigen Jahren, der früher, wo man auch schon rationalisierte, Jahrzehnte betragen hätte. Enorme Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen, gepaart mit vielfacher Vermehrung der Maschinarbeitskräfte, schafft eine Produktionsfülle, die die alte Lehre von Plautus — Begrenztheit der Gütermengen — endgültig bestätigt. Auch Plassades Theorie über das ehemalige Lohngebot ist überlebt. Verloren gegangen ist aber der Sinn der Wirtschaft, zu produzieren, um den Bedarf der Menschen zu decken und die Nationalisierung, die nicht diesem Zweck dient, muß zur Karre werden. Kein Mensch kann mehr den Wirt-

Bewerbungen zu den 54.—61. Bildungskursen für unsere Mitglieder.

In Fortsetzung der bisher abgehaltenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossen, im Schulheim in Wennigsen weitere Kurse abzuhalten. Diese finden statt:

I. Halbjahr 1930:	
5. Januar bis 18. Januar	
28. Januar	8. Februar
16. Februar	1. März
9. März	22. März
30. März	12. April
27. April	10. Mai
18. Mai	31. Mai
15. Juni	28. Juni

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt:

Verwaltung und Massenwesen, Betriebsratgesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgesetz und Zwangsprozeßordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Sozialversicherung.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 26. Oktober bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen. Die Bewerbungen müssen eine Abhandlung über den Lebenslauf enthalten, aus dem das Lebensalter zu erschließen ist, sowie die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und ehemalige Mitgliedschaften, die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung, sowie die gegenwärtigen Funktionen. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an keinem solchen teilgenommen hat, ist dies kurz zu begründen.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schulheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursteilnahme für ihn in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn der erste Vorschlag wegen Nichterfüllung des Kurses nicht möglich ist, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Auszubildner erhalten:

1. die Verhältnisse 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Fahrgeld 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 RM für einen ganzen, 4 RM für einen halben Werktag;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 RM.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der leichten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gauleitung bis zum 18. November 1929 weiterzugeben.

Die Gauleitungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten entsprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 30. November 1929 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen. Es ist zu bemerken, daß es sich um eine Wiederholung handelt.

Der Hauptvorstand.

schafsstroß überblicken. Deshalb, und weil bei höchster Anstrengung gepaart mit dem Streben, die Löhne niedrig zu halten, nur produziert wird, um Gewinn zu erzielen, ist Überflüssigkeit des Marktes aus der einen Seite und Mangel an Staatskraft auf der anderen die natürliche Erscheinung. Schwer leidet die Arbeiterschaft unter den erhöhten, fast nicht mehr steigerungsfähigen Leistungen, denen eine kaum nennenswerte Zeigerung der Löhne gegenübersteht und die nur Millionen Arbeitslosen erzeugen. Diese Ressourcen und die Belastung Deutschlands drückt auf die Lohngestaltung der deutschen Arbeiterschaft. Unter dem Schlagwort „Wwendigkeit der Kapitalbildung“ geht das Streben der Unternehmer dahin, ihre Gewinnquote noch zu erhöhen und die Löhne herabdrücken. Genauso zum Vergleich kann dieses Streben werden, wenn Meinungen zur Tat werden, wie sie Goethe in seiner Proschrift „Arzneiwege der deutschen Wohnpolitik“ vertritt. Das zeigt deutlich, was wir im Gegensatz zu der teilweisen Vernunft der amerikanischen Arbeitgeber als deutsche Arbeiter von den anderen zu erwarten haben. Aus der Erfahrung, daß wir uns der Nationalisierung nicht entgegenstellen können und wollen, muß es unser Streben sein, sie als Sozialproblem zu beeinflussen. Um positiven Mittelgestalten, nicht negativen Verhalten, liegt unsere Aufgabe. Mit ihr muß eine den Erzeugungsmöglichkeiten entsprechende Verkürzung der Arbeitseinspannung und eine Lohngestaltung, die vermehrte Staatskraft verbürgt. Beides ist nur durch starke Gewerkschaften möglich, die geprägt mit starker politischer Vertretung, immer schlagkräftiger ausgebaut werden müssen.

Der Geschäftsbericht des Kollegen Lange brachte zum Ausdruck, daß im Zahlstellenbereich eine mittlere Konjunktur herrschte, die, abgesehen von der Toilett- und Strickstoffbranche, nur mäßige Arbeitslosigkeit brachte. Trotzdem war die Schaffung neuer Tarife äußerst schwierig, weil unter dem Hinweis der Verlust und beeinflußt durch den Ausgang des Muhrkampfes, die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten. Mit der Absicht des Lohnabbaues wurden die meisten Tarife von ihnen gestoppt. Erwiesen sich die Schlichtungskonten bei guter Konjunktur optimal als Hemmungen gegenüber dem starken Drängen der Arbeiterschaft, so waren sie in diesem Jahr, und werden auch ferner bei schlechter Konjunktur von großer Bedeutung für uns sein. Bei einzelnen Branchen war es nur mit ihrer Hilfe möglich, wieder zu einem Tarifabschluß zu kommen. Zahlstellen- und Verbandsleitung haben alles erdenkliche getan, um das Volumen zu heben. Wenn es nicht in größerem und voll befriedigendem Umfang möglich war, so liegt es an der Macht der Verhältnisse und auch zum Teil an den Arbeitern selbst. Leider ist der größte Teil der Facharbeiter in der Glasindustrie leer ausgegangen. Wo Bullagen erfolgten, sind sie, gemessen an den Erfolgen anderer Berufe und den seit vorigem Jahr festgelegten Lebenshaltungskosten doch ein Fortschritt. Die teilweise aufgetretene Behauptung, daß die Gewerkschaften Kämpfe ausweichen und vor dem Streit zurücktreten, ist ganz unverrichtet. Allerdings bestehen wir Verantwortungsgesetz genug, Kämpfe um ein unmöglichen Ziel zu vermeiden und die Arbeiterschaft vor Niederklagen zu bewahren. Der einsichtige Teil der Arbeiter erkennt dies auch an, und damit wächst auch ihr Vertrauen zur Organisation, wie das die steigende Mitgliederzahl beweist. Am vergangenen Jahre ist sie um 1000, in diesem Jahre bis jetzt um weitere 400 gestiegen, so daß sie gegenwärtig 8400 beträgt.

Gleich Erfreuliches wies der Kassenbericht auf, den Kollege Fiebla erzielte. Einnahmen und Ausgaben der Hauptklasse sind gegenüber dem Vorjahr im ersten Halbjahr um 47 004,37 Reichsmark, von 108.353,52 RM auf 213.360,89 RM gestiegen. Der Anteil der Zahlstelle beträgt 74 456,54 RM. Die Kassenstasse schlägt ab um 185.623,52 RM. Der Kassenbestand hat sich von 117.061,72 RM auf 163.403,02, also um 26.335 RM rund gehoben.

In seinem Schlusssatz wies Kollege Lange darauf hin, daß das Organisationsreferat nach und nach immer beschränkter wird. Trotzdem bleibt aber noch genügend übrig, in den Kreisen der Angestellten zu werben. Deshalb sollen auch die vom Hauptvorstand erstmalig eingeführten Nachprämien für die Werber beibehalten werden, sofern dies von dieser Stelle aus nicht geschieht. Immer größer und verantwortlicher wird die Tätigkeit der Gewerkschaften und immer notwendiger wird die Einsicht, daß nur ihre Geschlossenheit einen gerechten Lohnanteil am Produktionsvertrag herbringen kann. Deshalb werben wir weiter in der Erkenntnis, daß und jeder Neugewonnene unseres Ziels ein Stück näher bringt.

3. Märkischer Wohnungsforsortag.

Am 5. und 6. Oktober 1929 findet in Buben der Dritte Märkische Wohnungsforsortag statt. Die Veranstalterin dieser Tagung ist die Märkische Wohnungsbau G. m. b. H. Berlin S. 14, Wallstr. 76/79, die als Treuhänderin für die Provinz Brandenburg und angrenzenden Gebiete bereits außerordentlich beachtliche Leistungen zur Linderung der Wohnungsnott geleistet hat. So wurden in diesem Jahre von der Gesellschaft 1928 Wohnungen durch die von ihr betreuten Gemeinnützigen Wohnungsbauvereinsgesellschaften bezw. von ih-

rem selbst in der Provinz Brandenburg erstellt. Es handelt sich hierbei ausschließlich um den Bau von Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung.

Die Märkische Wohnungsbau G. m. b. H. ist eine Gründung der freien Gewerkschaften und der „Dewo“, Deutsche Wohnungsförderung-G. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S. 14, Anstalt. 8a. In der kurzen Zeit seines Bestehens, nämlich seit dem Sommer 1926 ist es ihm gelungen, insgesamt etwa 3000 Wohnungen zu erstellen.

Es ist zu erwarten, daß die Tagung dieser Selbsthilfesorganisation den unter der Wohnungsnott Leidenden auch in diesem Jahre wieder dem größten Interesse bei den Behörden und Fachleuten begegnen wird.

Das Programm sieht folgender Herren vor:

Ministerialrat Dr. Wöl (Berlin);
Stadtbaudirektor a. D. Architekt Bruno Taut (Berlin);
Stadtverordneter Ernst Steinbogen (Buben);
Stadtrat a. D. Diedmann, Geschäftsführer der „Märkischer Wohnungsbau“ G. m. b. H.

Essen.

Die Wahl des Geschäftsführers für die Zahlstelle Essen ist erfolgt. Gewählt wurde der Kollege Gustav Neher aus Essen. Allen Bewerbern besten Dank. Die Bewerbungsschreiben werden zurückgesandt.

Ausschüsse.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Biffer 3d das bisherige Mitglied der Zahlstelle Schönungen: Alois Moritz, Buch-Nr. 980 433.

Arbeitsmarkt.

Steingutfabrik Rhon A. G., Rhon bei Wess (Schweiz) sucht zum sofortigen Eintritt einige an sauberes Arbeiten gewohnte

Kleiderher und Formar.

Es ist zur Erlernung der französischen Sprache gute Gelegenheit geboten. Kleidende Stellung. Kleidungsvergütung. Off. mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und wenn möglich mit Zeugnissabschriften, sind an die Direktion der obengenannten Fabrik zu richten.

Lebiger Schmelzer, gut eingearbeitet, für sofort gefucht. Porzellansfabrik Weißenstadt, Dürrbeck & Rückerschel, Weissenstadt (Weimar).

Perfeten Abpolierer für Bleistiftstall sucht Friedrich Kleiner, Berlin, Bergmannstr. 106.

Zum Antritt gegen Mitte Oktober d. J. werden noch mehrere Gehilfen auf doppelte sowie Innentöpfchen gesucht; außerdem auch mehrere Kübelmacher. Logis vorhanden. Auskunft durch Paul Sliwa, Dernbach (Wbbn), Buschstr. 24.

5 Gehilfen auf Bleistiftstall-Tischlerei, gut eingearbeitet, für sofort gesucht. O. Neumann & Co., Wettin-Wood, Schönberger Str. 63.

Tüchtiger Spriber für Unter- und Aufglasur per sofort gesucht. Ledige bevorzugt. Angeb. an die Meistersberger Steinzeugfabrik C. u. G. Garstens in Rheinsberg/Wart.

Gesucht werden 2 tüchtige Gehilfen auf rheinische Tonware für breite Ecken und Tüpfelstifte. Meldungen an Alex. Mikulski, Nückerstr. Nr. 6 (Opp). Arme Möbeldach u. Wöhne.

Wie suchen einen tüchtigen, gelernten Schleifer, welcher gleichzeitig die Schleiferinnen für dünne Werke mit beschäftigt. C. u. G. Garstens, Porzellansfabrik, Planenberg in Thür.

Junger Gehilfe, welcher an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, auf Tischlerei gefucht. Tischlereigehilfe Mittlerer Lfd. 125. Döpfer.

Wir suchen für sofort zwei tüchtige, leidige, selbstständige Polierer, die auch

Um das Kind.

(1. Fortsetzung.)
„Heineswegs“, sagte er langsam, „alle diese Erwägungen scheinen aus — und das wird hoffentlich morgen sein Glück, besonders dann, wenn Sie noch persönlich für ihn eintreten, worum er so dringend bat. Mein — das Problem steht anders, liegt dieser. In den Unterredungen mit meinem Klienten ist mir zuweilen eine Wendung, ein Ton, eine Gebärde aufgeschlagen, als wolle er sagen: warum wird um das alte Gemäuer so viel Aufhebens gemacht, um dies baufällige Haus, das längst dem Verfall bestimmt, zum Untergang reißen? Manchmal flang dabei etwas mit, wie Hass und Rache gegen diesen Ort und Jungen seiner düsternen Jugend, der vielleicht nicht nur, wie Sie meinen, Schauspiel froh, sondern mehr noch bitterer Erinnerungen für ihn war und auch lebt noch als zwar altersgraues, aber doch vorhandenes Memento vor ihm auferichtet stand.“ Das ist natürlich mein ganz subjektiver Eindruck — doch es gibt dabei so viele Unwägbarkeiten . . .“

„Interessant, was Sie da sagen“, erwiderte Hella gedankenlos, „Sie spüren psychologischen Zusammenhang nach, wirklich sehr fein. Herr Justizrat, aber ich glaube doch, daß Sie auf falscher Fährte sind“, sah sie frisch hinzu.

Seufzend erhob sich der alte Herr, und auch Hella stand auf. „Zedenfalls bin ich bereit, für Karl Eick einzutreten, voll und ganz“, betonte sie nochmals.

Bernick lächelte. „So haben wir also begründete Hoffnung, ihn freizubekommen“, meinte er, „aber — tut es Ihnen, gnädiges Fräulein, nicht leid um Ihr Geburtshaus?“

„Über durchaus nicht“, antwortete Hella Gehrele leid und doch errötend, „übrigens bin ich nicht dort, sondern in dem kleinen Doctorhause am Markt geboren, das heute auch nicht mehr da ist.“

„So — ich erinnere mich“, pflichtete der Justizrat, obwohl er es nicht recht wußte, aus gewohnter Höflichkeit bei und reichte Hella die Hand. Er sah müde und weiss aus.

„Über die Angelegenheit mit dem Grundstückverkauf sprechen wir wohl ein andermal“, sagte Hella noch rasch, „ich freue mich sehr über die guten Angebote, von denen Sie mir schrieben. Vorläufig meinen besten Dank, Herr Justizrat!“

Während Hella ihm kräftig zum Abschied die Hand schüttelte, betrachtete der Kreis prüfend ihr Antlitz, das vom Abendlicht eben hell übergesogen war.

„Wie ähnlich Sie Ihrem Vater sind“, bemerkte er sinnend. „Es ist, als sähe ich ihn vor mir; dieselben Augen, dieselben Haare . . .“

„Und dasselbe edige Gesicht“, vollendete Hella lächelnd, „schön ist es nicht, ich weiß es . . .“

III.

Von der Unterredung mit dem alten Justizrat noch ganz benommen, ging Hella die Gasse hinaus, ohne sich viel umzusehen. Sie überdachte die Worte, die er über Eick gesprochen und fand die Wahrheit seines Eindrucks in ihrem Innern bestätigt. Das ist das Wesen Karl Eicks, seine herzliche Natur, die zuweilen schon in der Knabenzeit stürmisch hervorbrach, wenn er glaubte, daß ihm Unrecht geschah. Wie er dann zornfunkeln glühte, mit heissem Atem seine Entrüstung hervorprudelte! Sie sah den Knaben vor sich, den sie in solchen Augenblicken schon bewundert hatte. Er war immer ein hübscher Junge gewesen, aber in diesem Zustand ehrlicher Empörung wurde er schön . . . Und so ist er noch heute! Das alles wuchs mit ihm und entwickelte sich . . .

„Sie hießt inne. Wo war sie? Ist dies nicht die Stelle, wo einst ihr Vaterhaus gestanden?“

„Ungeküß schaute sie sich um. Eine Trümmerstätte . . .“

Betroffen von diesem Bild der Verwüstung, diesem ausgebrennten, rauchgeschwärzten, ruinenhaften Gemäuer, auf dem das Licht der Spätsonne spielte, verharrte sie reglos.

Hinter den niedergebrannten Holzgebäuden ragten die verengten, kahlen Äste der Gartenbäume hervor, wo eine Drossel sang.

Das war der Ort ihrer frühen Jugend . . .

Vor dem Notwendigen soll man sich beugen, um totes Vergangene zu klagen, ist töricht — war jene Welt nicht längst verjunkt, bevor dieser Brand seine rasche, endgültige Arbeit geleistet? Ein Zusatz, der sie noch einmal hierhergeführt.

Aber indem sie weitertritt, lebte wie zum Trost die Vergangenheit wieder auf, mit Bildern von solder Eindringlichkeit, daß sie wie greifbar vor ihrer Seele standen.

Sie sah sich als Kind im Hause der Eltern, in diesem glücklichen Heim, umhügt von der Liebe einer stillverträumten, schönen, leidenschaftlichen Mutter, von einem fröhlichen Vater verhütscht — als einziges Kind.

Längst vergessene Melodien klangen auf, das Adagio stiller Abende, die Stunden inniger Hausmusik, in denen der Vater, ein vielbeschäftiger Arzt, im tönenden Zwiegepräch mit der kunstgewandten Mutter Freude und Erholung fand. Vaters Geige, wie kannte die singen zu der Mutter meisterlichem Spiel . . .

Lang Zeit hatte das Sehnen ihrer Kinderseele selbst der Kunst gegolten, lange träumte sie davon, Musikerin, Sängerin zu werden. Bis der Tag kam, an dem sie rauh emporgerissen wurde aus ihren Träumen.

Zen Vater forderte der Krieg, und innerhalb kurzer Zeit rückte sie auch dem Sarge ihrer Mutter folgen, den Weg entlang, den sie wie traumwandlernd eben jetzt wieder schritt.

Überzeugens fand sie sich auf dem Friedhof, am Grabe der Eltern.

„Wehmuth sagte sie wie nie zuvor, alles war ausgelöscht in ihr, Trauen ließen die Wangen herab.“

„Doch der Schmerz, der sie eben noch zu überwältigen drohte, mit der Ruhe und einem stillen Beinamen. Sie hatte das geistige, ihr vom Vater überkommene Erbe tapfer verwaltet, er würde mit ihr aufziehen sein, und auch das innere Vermächtnis der Mutter bewahrte sie, erlaunte sie wieder im leidenschaftlichen Herzbrechen großer Gefühle.“ Aus der Tiefe ihrer Seele stossen unverloren die innige, holde Musik heraus:

Hoff Melodie vom Himmel aufgeführt
Und Jesu und Wald und Fluß gerührt.
Und wunderschöner wer dein Lieb der Fluß
Als Sonnenchein,
Und bist allein,
Bist einsam nur.“

„Ist es ihr ausmühlen in den Sinn.“
„Und bist allein,
Bist einsam nur . . .“

Wiederholte sie erschüttert, im jähren Bewußtwerden ihrer inneren Einsamkeit.

„Nach dieser Melodie hatte sie unheimlich geahnt in all den Jahren, immer — was ward sie gründen — hier!“

Gewollt, was sie sich los und ging weiter durch die Graberei, dem Ausgang zu. Die Stunde war gekommen, aber der Abendhimmel lag noch hell und himmlisch auf den Grenzen und Gräbermauern. Sie betrachtete hier und da eine Stelle, entzückte Männer und Frauen: Vergänglichkeit sprach leise und schwieg. So viel ihr schweifender Blick auch auf einen häflichen Denkstein auch blieb es der seltsamen Faust ist bestimmt. Wie war das zu rechnen? Scherhaft los ist noch einmal: Hier ruht in Gott Anne Röhr, geb. Eick, die im 18. Lebensjahr starb. Mutter, Witwe, kinderlos wurde und starb . . .“

„Ihr Tage kommen sich hier also ruhig zu, die kleine, blonde Anne, das deren rechte Zeit. Tod sie erfüllt, als sie gerade im Grabe stand. Welch ein Schicksal war dem armen Kind.“

Verlag: Hermann Grätz; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neusinger; beide Charlottenburg, Brahestraße 2–5. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 36, Elisabethstrasse 29/30.

geworden? Wie geschah das? Sie grubelte, vermochte sich aber der näheren Umstände nicht mehr zu entsinnen.

Es dunkelte schon, als sie den Rückweg antrat. Der Wind war umgedrungen, linke Frühlingsluft wehte von Süden her. Von den schweren Schollen auf den umgekippten Mäerkern kam frischer Erdgeruch, noch immer sangen Vögel hoch in der Luft. Das war die Heimat.

Hella Gehrele beschleunigte ihren Schritt. Niemand ging an ihr vorüber und grüßte. Schein blickte sie auf. Doch sie erkannte den Grüenden nicht, der sich wie ein Schatten im Dämmer verschlor.

IV.

Tags darauf fand die Verhandlung gegen Karl Eick statt. Hella verließ das Gerichtsgebäude in ziemlicher Hast und Verirrung — das kam ihr mit einem Mal zum Bewußtsein, beschämte empfand sie ihre Eile wie eine Flucht und verlangsamte ihre Schritte.

Dennoch war sie froh, als sie sich draußen befand, statt der dunklen Saaldecke den freien, klaren Himmel über sich sah.

Sie äugerte nicht lange wohin und schlug die Richtung zur Hauptstraße ein, die in kurzer Entfernung jenseits der Flußbrücke begann.

Aber sie nahm kaum wahr, welchen Weg sie ging, so erfüllt war ihr erhitzter Kopf von den eben empfundenen Eindrücken.

Eine Niederknietigkeit war ihr widerstreng.

Sie hatte lediglich ihr Zeugnis zugunsten Karl Eicks ablegen und sobald von der Befreiungskarte aus den weiteren Verlauf sowie das Ergebnis der Verhandlung abwarten wollen, als sie fühlte, wie das allgemeine Interesse sich von dem Angeklagten ab- und ihr zuwandte.

Ihre Unwissenheit an dieser Stelle, ihr offenes Eintreten für Eick war den Leuten augenscheinlich eine Sensation. Richter und Staatsanwalt, Zeugen und Zuschauer lenkten ihre neugierigen Blicke auf sie, die „prominente Dame“, wie der alte Justizrat Bernick sie törichtweise bezeichnete, die für einen Menschen Partei nahm, durch dessen Schuld ihr Vaterhaus verriet war.

Die Blicke wurden auffälliger, als der Vorsitzende, ein kahlköpfiger, fetter Mann mit Zigarettenstimme, nach höflicher Feststellung der Personalien, einige Fragen über ihre Beziehungen zu dem Angeklagten an sie richtete und der Staatsanwalt, dessen früh gealterter Schädel ihr widerwärtig nahe zu kommen schien, an die unbefangene Antwort eine nach ihrer Auffassung zynische Bemerkung knüpfte.

Sie hatte auf diese Glosse zwar schlagfertig repliziert, empfand aber die dreiste Art, mit der man sie hier zu behandeln gut hielt, verlegen. Es war vielleicht nur politische Voreingenommenheit, die ihr, der freidenkenden, unabhängigen Frau, in der Person dieses engstirnigen Juristen gegenüberstand, dennoch wirkte sie taktlos und aufreizend.

Was es seige von ihr, daß sie vor dieser ehrenwerten Sammlung die Flucht ergreifte, daß sie ihr nicht — nun gerade Kleinstadtterr., diesen Philistern weichen? Mußte sie die Unwillkürliche blieb sie stehen, just auf der Mitte der Brücke gegen das Geländer und schaute mißgestimmt auf.

Lebhaft gegen das Geländer und schaute mißgestimmt auf, wie alles in diesem Nest, daß der graue Alltag zu regieren scheint und die platten Gemeinheit.

Was war in ihrem Verhalten so ungewöhnlich und mißfällig, daß man es wagen durfte, sie mit so schamlosen Augen zu betrachten? Was sie für einen nach ihrer christlichen Lehre ungünstigen Menschen, der sich in harter Bedrängnis in der Gewalt dieser Bonzen befand, gut Zeugnis ablegte?

Eine Tugend, daß sie vorzeitig hinausgegangen; sie hätte gegen diese Leute Trost bieten, sie freien Herzens herausfordern — nun erst recht! Vor wem brauchte sie sich hier beugen, wen gelten zu lassen?

Statt dessen war sie davongelaufen wie ein verwirrtes Mädel.

Eine ganze Weile noch verharrte sie so, gereizt und naiv, am Platz. Ihr war ärgerlich und verdächtig.

Blödig riss sie sich empor. Sollte sie ewig hier stehenbleiben auf dieser alten Brücke, und dem Treiben des trübsinnigen Wassers auschauen, diesem Sinnbild der grauen Alltäglichkeit? Erhobenen Hauptes und festen Schrittes wanderte sie weit der Hauptstraße zu.

Noch gester Abend, nach ihrer Rückkehr vom Friedhof, hatte sie daran gedacht, ein paar Tage hier zu verweilen, anruhend, der Stimmung der Stunde hinzugeben, der Musik der Vergangenheit zu lauschen, eine kurze Zeit auszuspannen, zur Erholung.

Zeit vor dieser Wunsch dahin. Wie eng, wie klein, wie unsäglich trivial war hier alles!

Ungebühr packte sie, so rasch wie möglich wieder fortzukommen, diesen Ort mit dem nächsten Bogen schon zu verlassen. Zwischenwärts würde es hoffentlich gelungen sein, die notwendigsten Geschäfte, den Grundstückverkauf insbesondere, mit Hilfe des Justizrats abzuwickeln, den Schluss zu unterzeichnen, der sie völlig freimachte.

Was dahin war freilich noch eine Reihe von Stunden überstehen. Misstrauisch schlenderte sie die Straße entlang, betrachtete zerstreut die Auslagen in den Schaufenstern und sah schließlich zu dem einzigen Schmuckplatz des Städtchens, der mit seinem abgezirkelten Plan, dieser phantasielosen Anordnung von Baumgruppen, Sträuchern, Rasenflächen und Blumenwiesen, eine stümperhafte Nachahmung großstädtischer Anlagen darstellte.

(Fortsetzung folgt.)

Lohnstag.

Ein durchblasses Krachen und Poltern — Mutter und Sohn sehen sich entsetzt an.

„Das war doch nebenan!“

Die Mutter nicht nur.

„Der alte Werner ist wohl wieder betrunken nach Hause gekommen?“

„Ja. Drüben geht jetzt jeden Freitag der Spezialkasino.“

„Warum immer Freitags, Mutter?“

„Weil Freitag Lohnstag ist!“

„Aber früher war das doch nicht so?“

„Nein. Damals arbeitete er mit Vater zusammen und kam pünktlich mit ihm heim.“

„War Vater nie betrunken?“

„Nein, mein Junge.“ Ein leiser Stotz hingt in ihren Worten auf, während sie mit einer liebkosenden Handbewegung über seinen Kopf streicht.

„Vater und ich haben immer gemeint, daß wir die paar Mark, die wir als Lohn erhalten, besser anwenden können, als uns Bier oder Kiel zu kaufen oder gar wie unser Nachbar, wie ein unvernünftiges Tier nach Hause zu kommen.“

„Verdient Herr Werner denn so viel?“

„Nein, Friki. Es würde sogar nur recht und schlecht langen, wenn er den vollen Lohn mit nach Hause brächte. Aber so langt es oft nicht zum Allernotwendigsten.“

„Manchmal ein Viertel des ganzen Wochenlohnes. Einmal hatte er sogar nur noch die Hälfte seines Geldes in der Tasche.“

„Und dann kommt er betrunken nach Hause?“

„Ja.“

„Die Werner-Grete“ — die Jungenstimme stotzt einen Augenblick — „die Werner-Grete hat mir neulich erzählt, wenn ihr Vater betrunken ist, dann schlägt er sie und die Mutter und die Geschwister oft.“

Durch den Eintritt ihres Mannes wird die Frau einer Antwort enthoben. Der Junge fliegt dem Vater an den Hals und drückt sich an ihn mit einer dankbaren und sonst ungehobenen Zärtlichkeit.

Nach einer Weile fährt er nach Kinderart hasthaftig in seinem Gedankengang fort: „Kann man denn nicht viel Geld betrinken, Vater?“

„Na, wenn man's nicht allein kann, dann finden sich schon gute Kameraden und Kollegen, die einem dabei helfen! Aber wie kommt da denn auf die Frage, Junge?“ sagt die Frau.

„Bei Werner's vor wieder Krach.“ sagt die Frau. Er ist wieder betrunkener nach Hause gekommen. — Du mußt mal wieder mit ihm reden, Vater, daß er wenigstens Freitags, am Lohnstag, gleich nach Hause geht. An den anderen Tagen ist es doch nicht so schlimm, da haben sie nicht so viel Geld in der Tasche. Und Werner ist doch im Grunde ein guter Mensch, der keine bösen Gedanken hat.“

„Nein, Friki. Vater, nicht nur Herr Werner, sondern auch andere betrinken sich ja?“

„Lohn — — —“ — führt der Junge nach einer kleinen Pause fort — „warum wird es denn nicht verboten, am Lohnstag zu trinken?“ Dann brauchen doch die Werner-Grete und all die anderen Kinder und die Frauen nicht zu darben und zu hungrig? Und würden auch nicht geschlagen werden?“

„Das Gescheiteste wäre es schon!“ fällt die Frau vom Ofen herunter. Wenn die Männer nicht selbst so vernünftig sind, dann müßten sie eben zur Vernunft gezwungen werden!“

„Ja, man müßte allen Arbeitern einhammern: Wenn ihr jemals trinken mögt — trinkt wenigstens nicht am Lohnstag!“

Kurt Heilmuth.

„Lohnstag — — —“ — fährt der Junge nach einer kleinen Pause fort — „warum wird es denn nicht verboten, am Lohnstag zu trinken?“ Dann brauchen doch die Werner-Grete und all die anderen Kinder und die Frauen nicht zu darben und zu hungrig? Und würden auch nicht geschlagen werden?“

„Das Gescheiteste wäre es schon!“ fällt die Frau vom Ofen herunter. Wenn die Männer nicht selbst so vernünftig sind, dann müßten sie eben zur Vernunft gezwungen werden!“

Literarisches.

Bombenwerfer und Spitzel. Wieder einmal sollen Memoirenwerke die Schaufenster der Buchläden. Staatsanwalt Boris Sawinkow ist im Verlag der Buchgilde, Göttingen, Berlin, herausgekommen ein Drei-Mark-Band: „Erinnerungen eines Terroristen“, von Boris Sawinkow, im Deutschen übertragen und mit einem Vorwort versehen. Es gibt vielleicht kein Memoirenwerk, das sich so spannend liest wie dieses Buch. Sawinkow gehört einer Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei an, die unter dem Kaisers von der zentralen russischen Revolution die Attentate auf Kaiser und Kaiserin durchführte, um dadurch die Aufmerksamkeit des Weltalters stehen plötzlich in Licht.

Die neueste Erscheinung in der Reihe der Memoirenliteratur ist im Verlag der Buchgilde, G